

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität	1
Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit	5
Tagungsbericht: 10 Jahre nach dem Fall der Mauer: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ oder bleibende Ungleichheit?	9
Wohnqualität in Ostdeutschland 1990 bis 1998	10
Neue Sozialberichte für Tschechien und Ungarn	14
Sozialpolitik als interdisziplinäre Aufgabe Eine Buchbesprechung	15
Call for Papers: Reichtum in Deutschland: Meßkonzepte, Indikatoren, Analysen	16
Call for Papers: Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongreß 2000 in Köln	16

Bürger empfinden weniger Furcht vor Kriminalität

Indikatoren zur öffentlichen Sicherheit

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit stellt eine wesentliche Komponente der individuellen Wohlfahrt sowie der gesellschaftlichen Lebensqualität dar. Aus der Sicht der Bürger genießen die öffentliche Sicherheit und der Schutz vor Kriminalität daher im Vergleich zu anderen Aspekten der Lebensverhältnisse einen hohen Stellenwert: 1998 sehen 58 Prozent der Westdeutschen und 68 Prozent der Ostdeutschen den Schutz vor Kriminalität als „sehr wichtig“ an. In Ostdeutschland steht der Schutz vor Kriminalität damit an sechster und in Westdeutschland sogar an vierter Stelle in der Rangfolge der Wichtigkeit von Lebensbereichen, in Westdeutschland noch vor der Arbeit und dem Einkommen. Im folgenden werden zwei Aspekte der öffentlichen Sicherheit behandelt, die faktische Kriminalitätsbelastung und die daraus resultierende „objektive“ Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit auf der einen Seite und die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der persönlichen Sicherheit auf der anderen Seite. Ängste und Besorgnisse, Gefühle der Bedrohung und Unsicherheit in der Bevölkerung sind als Maßstab für die Gewährleistung oder Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit nicht weniger bedeutsam als Zahlen über Delikte und Opfer von Verbrechen. Es wird daher zunächst anhand von Daten der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) die faktische Kriminalitätsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern grob skizziert und daran anschließend detaillierter untersucht, wie die Bundesbürger in Ost und West die Situation subjektiv empfinden und beurteilen. Diese Analyse stützt sich auf die Daten der Wohlfahrtssurveys¹, insbesondere die der Jahre 1998 und 1993.

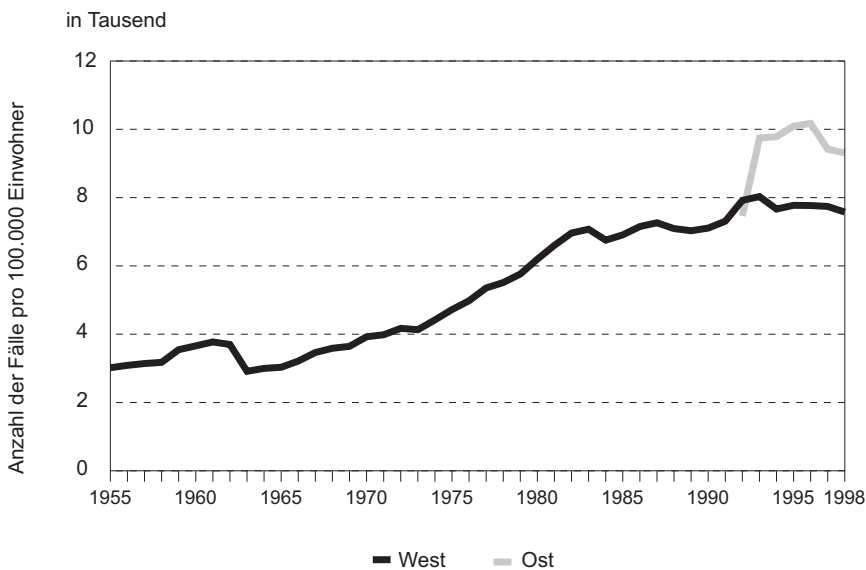
Starker Anstieg der Kriminalität in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung

Was die Entwicklung der öffentlichen Sicherheit und Kriminalität in Ostdeutschland angeht, war eine Angleichung an die westdeutschen Verhältnisse nicht unbedingt erwünscht, aber doch voraussehbar. Man konnte erwarten, daß mit der Transformation der ehemaligen DDR von einer autoritären, geschlossenen und durch ein hohes Niveau formeller und informeller sozialer Kontrolle charakterisierten Gesellschaft in eine offene, demokratische und liberale Gesellschaft eine Zunahme der Kriminalitätshäufigkeit und damit verbunden auch eine Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit einhergehen würde. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist nicht nur, wie sich der Umfang der Kriminalität ausgehend von einem vergleichsweise niedrigen Niveau - nach amtlichen Angaben betrug die Gesamt-

kriminalitätsrate 1988 im letzten regulären Lebensjahr der DDR lediglich 10 Prozent, nach korrigierten Berechnungen allerdings bis zur Hälfte der westdeutschen Rate (Kerner 1997) - tatsächlich entwickelt, sondern auch, wie die Bevölkerung darauf reagiert hat. Die ostdeutsche Bevölkerung hatte bis dahin nicht nur wenig Erfahrung im Umgang mit Kriminalitätsrisiken, sondern sie befand sich generell in einer anomischen Situation und verfügte über ein niedriges Ressourcenpotential, so daß man insgesamt von einem höheren Grad der Verletzbarkeit ausgehen konnte (Noll/Schröder 1995).

Informationen zur faktischen Kriminalitätsbelastung liefert die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS). Allerdings wird deren Aussagekraft dadurch eingeschränkt, daß hier nur die Straftaten eingehen, die der Polizei bekannt werden². Betrachtet man die Entwicklung der

Graphik 1: Gesamtkriminalitätsziffer



Datenbasis: Polizeiliche Kriminalstatistik, System Sozialer Indikatoren

Gesamtkriminalität, so ist zunächst eine langfristige Zunahme für das Gebiet der alten Bundesländer von rund 2.900 Straftaten pro 100.000 Einwohner im Jahr 1953, als die PKS erstmals durchgeführt wurde, auf etwa 7.600 im Jahr 1998 zu beobachten (Graphik 1). Das heißt, die Gesamtkriminalität hat sich über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahrzehnten knapp verdreifacht³. In den 80er Jahren hatte sich der Anstieg zunächst abgeflacht und erst am Ende dieser Dekade war dann wieder eine allerdings kräftige Zunahme mit einem Höhepunkt von über 8.000 Straftaten pro 100.000 Einwohner im Jahr 1993 zu beobachten, die verschiedentlich mit den Öffnungen der Grenzen in den Ländern Mittel- und Osteuropas und sonstigen verstärkten Wanderungsbewegungen in Verbindung gebracht wird. Aber auch dieser kräftige Anstieg der Gesamtkriminalitätsziffer am Ende der achtziger und Beginn der neunziger Jahre relativiert sich deutlich, wenn man ihn im Kontext der langfristigen Entwicklung sieht. In den letzten Jahren war dann sogar wieder ein leichter Rückgang der Ziffer zu beobachten.

In den neuen Bundesländern hat die Gesamtkriminalitätsziffer bereits 1992 mit rund 7.500 Straftaten auf 100.000 Einwohner fast das Niveau der westdeutschen Länder erreicht. Der Anstieg von 1991 auf 1992 ist drastisch, wenngleich man dabei berücksichtigen muß, daß der Anstieg in diesem Ausmaß aufgrund einer zunehmend vollständigeren Erfassung z.T. wohl auch artifizieller Art ist⁴. Dennoch, an einem rapiden Anstieg gibt es keinen Zweifel, und schon 1993 überstieg die Gesamtkriminalitätsziffer mit über 9.700 Straftaten auf 100.000 Einwohner das westdeutsche Niveau deutlich. Der bisherige Höhepunkt der Entwicklung lag im Jahr 1996 mit einer Kriminalitätsziffer von fast 10.200 Straftaten pro 100.000 Einwohnern; in den letzten beiden Jahren ging die Ziffer dann wieder bis auf 9.300 zurück. Eine mögliche und - wie uns scheint - nach wie vor plausible Erklärung für

die rapide Zunahme der Kriminalität in den neuen Bundesländern ist die sogenannte Wohlstandskriminalitätsthese: Danach ist der Anstieg der Straftaten das Ergebnis gestiegener Erwartungen und Ansprüche bei gleichzeitiger Vermehrung von Opportunitäten durch den Wegfall von Kontrollmechanismen und die Zunahme „lohnender Objekte“. Dafür spricht unter anderem auch der überdurchschnittlich hohe Anteil der Diebstahlkriminalität in Ostdeutschland.

Nachdem zunächst kurz skizziert wurde, wie sich die Kriminalität faktisch entwickelt hat, wird nun die Frage untersucht, wie sich die Situation aus der subjektiven Sicht der Bürger darstellt. Beides muß keineswegs kongruent sein, weil die Zusammenhänge zwischen der „objektiven“ Lage und der „subjektiven“ Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit durchaus komplex sind. Daß für die Wohlfahrt der Bürger beides gleichermaßen

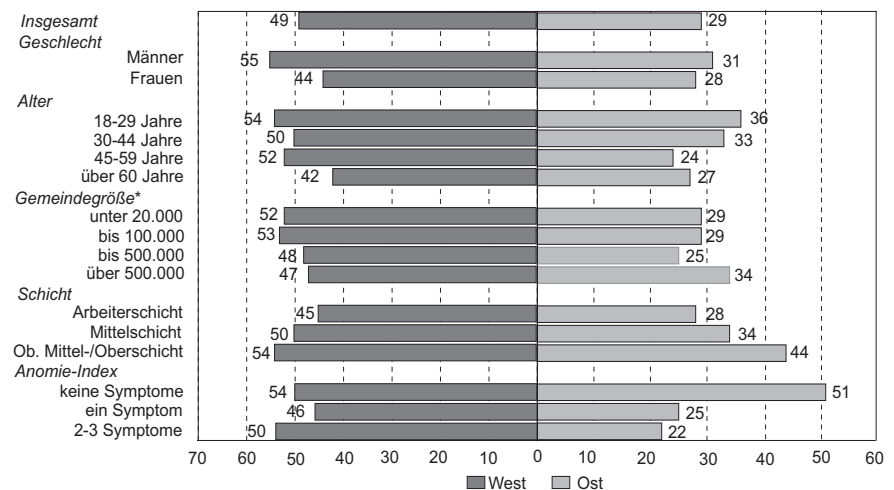
von Bedeutung ist, wird inzwischen auch von der Politik zunehmend erkannt, wenn sie das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zum eigenständigen Kriterium und Ziel entsprechender Programme und Maßnahmen macht, z.B. bei der Gestaltung öffentlicher städtischer Räume.

Schutz vor Kriminalität wird in Ostdeutschland kritischer beurteilt

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, d.h. der Schutz vor Kriminalität wird in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich bewertet. Dabei geht es zunächst um eine allgemeine Einschätzung der Sicherheit in der deutschen Gesellschaft, die nicht direkt mit der Wahrnehmung der persönlichen Bedrohungssituation übereinstimmen muß, aber für die Bewertung der gesellschaftlichen Lebensqualität dennoch von Bedeutung ist. Während in Westdeutschland fast die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung den Schutz vor Kriminalität als realisiert erachtet, sind es in Ostdeutschland nur 29 Prozent (Graphik 2). Frauen betrachten den Schutz vor Kriminalität seltener verwirklicht als Männer. Die Differenzen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen sind in den neuen Bundesländern meist auch ausgeprägter als in den alten Bundesländern. Besonders deutlich wird dies bei der Schichtestufung. So glauben nur 28 Prozent der Ostdeutschen, die der Arbeiterschicht angehören (West: 45%), daß der Schutz vor Kriminalität in Deutschland realisiert sei, gegenüber 44 Prozent der Angehörigen der oberen Mittel- und Oberschicht (West: 54 %).

In Zeiten raschen sozialen Wandels, insbesondere wirtschaftlicher Depression, aber auch Prosperität sind in der Gesellschaft häufig Anomiesymptome wie Gefühle von Einsamkeit, Orientierungslosigkeit und Hilflosigkeit zu beobachten. Es zeigt sich, daß in den neuen Bundesländern - im Zusammenhang mit der sozialen Transformation - nicht nur vermehrt

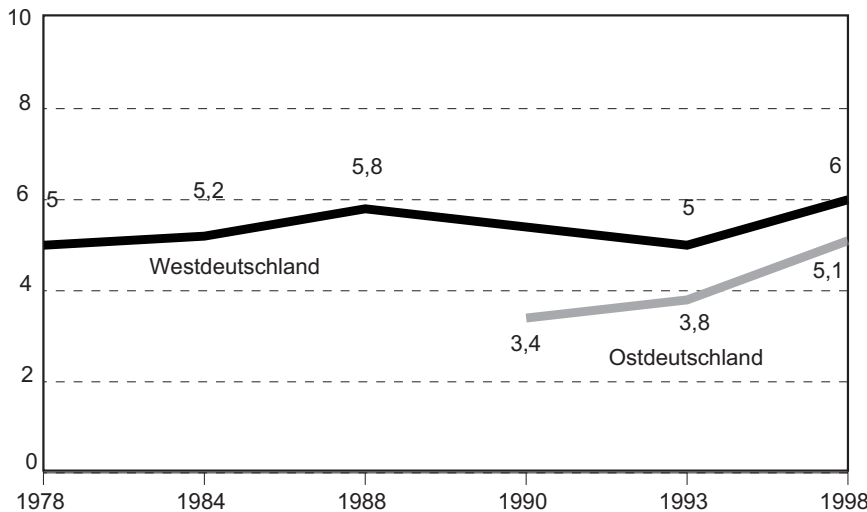
Graphik 2: Realisierung des Schutzes vor Kriminalität - Anteile „voll und ganz“ und „eher“ realisiert



* Gemeindegröße ab 20.000 Einwohner beinhaltet BIK-Stadregionen (Zonen 1-3)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Graphik 3: Entwicklung der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit 1978 - 1998



Skala von 0 „ganz und gar unzufrieden“ bis 10 „ganz und gar zufrieden“
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984, 1990-Ost, 1993, 1998

Anomie auftritt, sondern daß hier auch ein enger Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Kriminalität besteht. So erachten mehr als die Hälfte der Ostdeutschen, die keine Anomiesymptome aufweisen, den Schutz vor Kriminalität in Deutschland als realisiert, aber nur etwa ein Viertel derjenigen mit Symptomen. In den alten Bundesländern zeigt sich dieser Zusammenhang weit weniger deutlich. Die Verringerung der Verbindlichkeit von Normen in Zeiten beschleunigten sozialen Wandels, wie er mit dem Systemwandel in Ostdeutschland einsetzte, fördert offensichtlich nicht nur abweichendes Verhalten, sondern auch die Verletzlichkeit und damit das Bedürfnis nach Schutz vor Kriminalität.

Geringe Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

Betrachtet man, wie zufrieden die Bürger mit der öffentlichen Sicherheit sind, so zeigt sich, daß dieser Aspekt der Lebensverhältnisse im Vergleich zu anderen ausgesprochen kritisch beurteilt wird.

In Westdeutschland belegt die öffentliche Sicherheit in der Rangfolge der Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen mit einem Wert von 5,9 auf der von 0 bis 10 reichenden Skala den drittletzten Platz, knapp vor der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Betätigung und der Zufriedenheit mit der Kirche. In Ostdeutschland fällt das Urteil noch ungünstiger aus. Hier belegt die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit mit einem Wert von 5,1 sogar den letzten Platz in der Rangfolge von Lebensbereichen. Die Aufgliederung des Gesamtdurchschnitts nach verschiedenen Merkmalen zeigt, daß die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit mit dem Alter und Geschlecht der Befragten, aber auch mit anderen soziodemographischen Merkmalen wie der subjektiven Schichteinstufung und der Gemeindegröße nur wenig variiert. Obwohl die Bürger mit der öffentlichen Sicher-

heit im Vergleich zu anderen Lebensbereichen eher unzufrieden sind, ist im Vergleich zu 1993 eine deutliche Zunahme der Zufriedenheit zu verzeichnen: in Westdeutschland von 5,0 auf 6,0 und in Ostdeutschland von 3,8 auf 5,1 (Graphik 3). In Westdeutschland setzt sich damit - so hat es den Anschein - der 1993 unterbrochene, zwischen 1978 und 1988 zu beobachtende Trend einer steigenden Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit fort. Das gilt auch für Ostdeutschland, wo die Zufriedenheit zwischen 1990 und 1993 leicht von 3,4 auf 3,8 und nunmehr deutlich auf 5,1 gestiegen ist, allerdings auf einem nach wie vor sehr niedrigen Niveau.

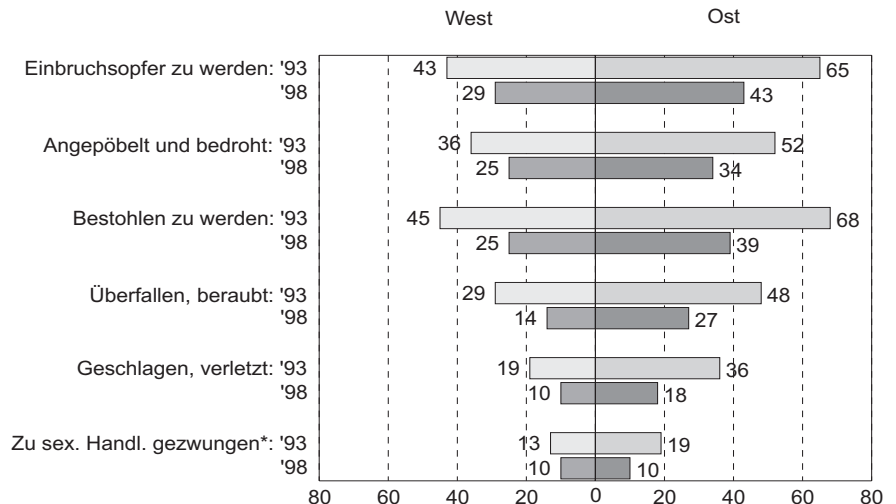
Höchste Viktimisierungserwartung bei Einbruch

Während die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit zum Ausdruck bringt, wie die aktuelle Situation vor dem Hintergrund individueller Ansprüche und Wertorientierungen

summarisch beurteilt wird, geht es bei der Viktimisierungserwartung ganz explizit um die Erwartung, persönlich innerhalb eines konkreten, begrenzten Zeitraums Opfer kriminellen Verhaltens zu werden. Betrachtet man die Ergebnisse, so ist zunächst bemerkenswert, wie verbreitet die Erwartung ist, persönlich Opfer eines Verbrechens zu werden und es fällt auf, daß die ostdeutsche Bevölkerung die Viktimisierungsrisiken durchgängig höher einschätzt als die westdeutsche. Von den westdeutschen Befragten sehen es 1998 44 Prozent als „sehr wahrscheinlich“ oder „wahrscheinlich“ an, innerhalb eines Jahres das Opfer von mindestens einem der vorgegebenen Delikte zu werden, von den ostdeutschen 60 Prozent. Am höchsten erscheint den Befragten die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Einbruchs zu werden: 29 Prozent der Westdeutschen und 43 Prozent der Ostdeutschen halten das für sehr wahrscheinlich oder wahrscheinlich. Bestohlen zu werden halten 25 Prozent der Westdeutschen und 39 Prozent der Ostdeutschen für wahrscheinlich und angepöbelt und bedroht zu werden ebenfalls 25 Prozent der Westdeutschen und 34 Prozent der Ostdeutschen. Auch die Wahrscheinlichkeit überfallen und beraubt zu werden, wird von den ostdeutschen Befragten mit 27 Prozent deutlich höher eingeschätzt als von den westdeutschen mit 14 Prozent. Von den Frauen sind es dagegen hier wie dort jeweils 10 Prozent, die es als wahrscheinlich ansehen, zu sexuellen Handlungen gezwungen zu werden (Graphik 4).

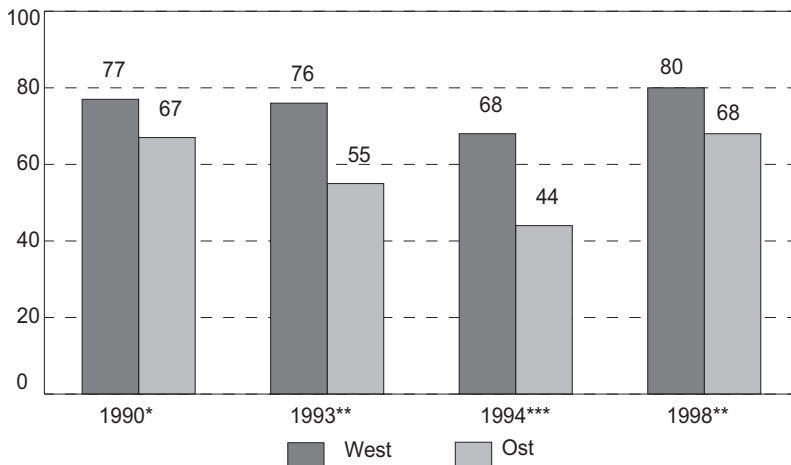
Welche einzelnen Bevölkerungsgruppen es als mehr oder weniger wahrscheinlich ansehen, Opfer eines Verbrechens zu werden, ist von Delikt unterschiedlich. Zumeist ist jedoch die Erwartung bei Frauen höher als bei Männern, und oft fühlen sich die jüngeren und älteren Altersgruppen stärker bedroht als die mittleren. In der Regel wird die Wahrscheinlichkeit, Opfer zu werden zudem in kleineren Gemeinden geringer eingeschätzt als in Städten, vor allem als in Großstädten. Verschiedentlich spielt auch die Wohnform eine Rolle, be-

Graphik 4: Viktimisierungserwartung – Anteile „sehr wahrscheinlich“ und „wahrscheinlich“



* nur Frauen
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

Graphik 5: Sicherheit in der Wohngegend – Anteile „sehr sicher“ und „sicher“ in %



Datenbasis: * MPI/BKA Erhebung, *** BKA/Emnid Mehrthemenbefragung, Dörmann 1996, S. 43
 ** Wohlfahrtssurvey 1993, 1998

sonders in Ostdeutschland. Es sind vor allem Mieter von Wohnungen in größeren Wohneinheiten, die es als überdurchschnittlich wahrscheinlich ansehen, z.B. Opfer von Körperverletzungsdelikten, Raubüberfällen und Diebstählen zu werden.

Unabhängig davon, wie realistisch diese subjektiven Erwartungen Opfer eines Verbrechens zu werden sind, dokumentieren sie in ihrem Ausmaß doch, daß beachtlich große Teile der Bevölkerung erhebliche Zweifel an der Gewährleistung ihrer persönlichen Sicherheit und des Schutzes vor Kriminalität haben. Und selbst wenn sie gemessen am objektiven Viktimisierungsrisiko unrealistisch sind, sind sie nicht zuletzt auch von der Polizei und der Politik dennoch ernst zu nehmen, da davon auszugehen ist, daß die geäußerten Viktimisierungserwartungen nicht nur das subjektive Wohlbefinden beeinträchtigen, sondern auch beachtliche Verhaltenskonsequenzen haben. Der Anteil der Befragten, die es als wahrscheinlich ansehen, Opfer eines der genannten Verbrechen zu werden, ist 1998 - gemessen an den Werten von 1993 - in den alten und in den neuen Bundesländern gleichermaßen jedoch um jeweils rund ein Viertel zurückgegangen. Bezogen auf die einzelnen Deliktarten ist der Rückgang der subjektiven Viktimisierungserwartung bei den Gewalt- und Diebstahldelikten am stärksten ausgeprägt.

Die subjektiv empfundene Sicherheit in der eigenen Wohngegend ist ein Indikator für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit, mit dem die Aufmerksamkeit ganz bewußt auf das unmittelbare Lebensumfeld fokussiert wird. Wie die Ergebnisse zeigen, fühlt sich etwa jeder fünfte Westdeutsche und etwas mehr als jeder dritte Ostdeutsche nachts und alleine in der eigenen Wohngegend ziemlich unsicher oder sehr unsicher. Gegenüber 1993 ist das Gefühl der Unsicherheit in der eigenen Wohngegend damit deutlich zurückgegangen, d.h. die durchgängig festzustellende Tendenz ei-

ner günstigeren Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit ist auch an diesem Indikator abzulesen (Graphik 5).

Trotz geringerem Risiko fühlen sich Frauen und alte Menschen unsicherer

Das Sicherheitsempfinden einzelner Bevölkerungsgruppen entspricht nicht immer deren faktischem Risiko, Opfer einer kriminellen Handlung zu werden. So sind Männer nicht nur häufiger Täter, sie sind auch häufiger Opfer krimineller Handlungen. Ihr Opferrisiko bei Mord oder Raub ist etwa doppelt so hoch wie bei Frauen, bei schwerer oder gefährlicher Körperverletzung sogar dreimal so hoch. Dennoch fühlen sie sich sicherer als Frauen. 1998 schätzen 89 Prozent der westdeutschen Männer, aber nur 71 Prozent der westdeutschen Frauen ihre Wohngegend als „sicher“ oder „sehr sicher“ ein (Graphik 6). Auch in den neuen Bundesländern ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied zu beobachten, allerdings

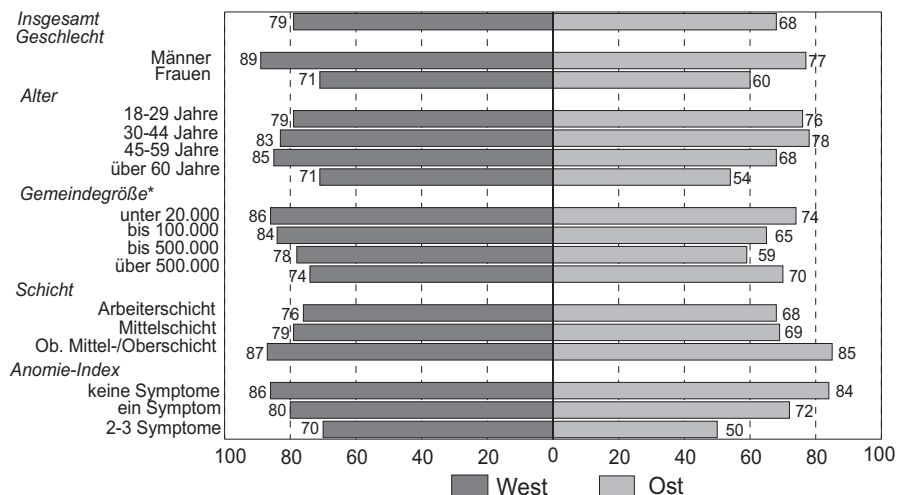
liegen die entsprechenden Anteile jeweils etwa 10 Prozent niedriger.

Die Aufgliederung nach Altersgruppen zeigt zudem, daß auch ältere Menschen ihre Wohngegend als weniger sicher erachten als jüngere. Auch hier entspricht die subjektive Wahrnehmung nicht der objektiven Bedrohungssituation, denn ältere Menschen haben ein niedrigeres Risiko, Opfer von Straftaten zu werden als jüngere, abgesehen von spezifischen Delikten wie Handtaschenraub. Zur Erklärung der überproportional hohen Kriminalitätsfurcht bei Frauen und im Alter werden verschiedene psychologische Faktoren angeführt. Hierzu gehören erhöhte allgemeine Ängstlichkeit, das Gefühl von Hilflosigkeit oder die Wahrnehmung schwerwiegender Konsequenzen von Viktimisierung, z.B. für die Gesundheit oder die ökonomische Situation⁵.

Hinsichtlich der Wohnortgröße entspricht das sinkende Sicherheitsgefühl bei steigender Einwohnerzahl der erhöhten faktischen Kriminalitätsbelastung. In Gemeinden unter 20.000 Einwohner fühlen sich die Menschen am sichersten, in Großstädten bzw. großstädtischen Ballungsgebieten am unsichersten. Eine Ausnahme bilden hier großstädtische Ballungsräume in Ostdeutschland. Hier wird u.a. argumentiert, daß die Bewohner in Ballungsräumen dort eher direkte Erfahrungen mit Kriminalität machen und sie deshalb als weniger bedrohlich einstufen würden. Auch die subjektive Schicht-einstufung weist einen Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Sicherheit im Wohngebiet auf. Insbesondere Personen, die sich der Oberschicht zuordnen, nehmen ihre Wohngegend als besonders sicher wahr. Die Wahrnehmung der Sicherheit in der Wohngegend ist auch nicht unabhängig von der Wohnform. Mieter in Häusern mit mehreren Mietparteien fühlen sich unsicherer in ihrer Wohngegend als Personen in Ein- und Zweifamilienhäusern.

Psychische Folgen schneller gesellschaftlicher Veränderung, wie sie mit dem Anomieindex

Graphik 6: Wahrnehmung der Sicherheit in der Wohngegend – Anteile „sehr sicher“ und „sicher“



* Gemeindegröße ab 20.000 Einwohner beinhaltet BIK-Stadtregionen (Zonen 1-3)
 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

gemessen werden, weisen auch mit der Kriminalitätsfurcht einen engen Zusammenhang auf - insbesondere in Ostdeutschland⁶. 84 Prozent der Ostdeutschen, die keine Anomiesymptome aufweisen, fühlen sich in ihrer Wohngegend sicher, gegenüber lediglich 32 Prozent derjenigen, die mehrere derartige Symptome zeigen. Bei der westdeutschen Bevölkerung sinkt zwar auch das Sicherheitsgefühl mit der Zunahme von Anomiesymptomen, aber der Zusammenhang ist weniger deutlich.

Als Fazit läßt sich festhalten, daß alle hier betrachteten subjektiven Indikatoren darauf hindeuten, daß die Bürger der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik im Herbst 1998 ein ungleich besseres Zeugnis ausstellen als 1993. Bei einer am Ende der neunziger Jahre wieder rückläufigen Gesamtkriminalitätsbelastung hat nicht nur die Zufriedenheit mit dem Schutz vor der Kriminalität zugenommen, sondern es ist auch die subjektive Erwartung, Opfer eines Verbrechens zu werden, deutlich gesunken. Damit einher geht ein ebenfalls beachtlicher Anstieg des subjektiven Empfindens von Sicherheit in der unmittelbaren Wohngegend. Trotz dieser im Vergleich zu 1993 positiven Entwicklungen wird das Wohlbefinden der Bürger nach wie vor durch Kriminalität beeinträchtigt: Im Vergleich zu anderen Aspekten der Lebensverhältnisse ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit ausgesprochen niedrig, und nach wie vor beurteilen die ostdeutschen Bürger die öffentliche Sicherheit ungünstiger als die westdeutschen, aber die Unterschiede haben sich gegenüber 1993 deutlich verringert.

■ **Heinz-Herbert Noll und**
 ■ **Stefan Weick, ZUMA**
 Tel.: 0621/1246-241/-245

- 1 *Der Wohlfahrtssurvey wurde 1998 zum siebten Mal durchgeführt und speziell für die Wohlfahrtsmessung und Analyse der Lebensqualität konzipiert. Dabei wurden 2007 Personen in den alten Bundesländern und 1035 Personen in den neuen Bundesländern befragt (vgl. dazu ISI Nr. 22, Juli 1999, Seite 2).*
- 2 *Auf die in diesem Zusammenhang relevante Dunkelzifferproblematik kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.*
- 3 *Der Rückgang zwischen 1962 und 1963 ist lediglich ein statistisches Artefakt und beruht darauf, daß die Straßenverkehrsdelikte seither nicht mehr in der PKS berücksichtigt werden.*
- 4 *Zu den mit der Einführung der PKS in den neuen Ländern verbundenen Erfassungsproblemen vgl. u.a. Kerner (1997).*
- 5 *Vgl. dazu auch E.A. Fattah (1993).*
- 6 *Vgl. dazu auch die Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Kriminalitätsfurcht in Dresden (Reuband 1999).*

Dörmann, Uwe, 1996: *Wie sicher fühlen sich die Deutschen? Wiesbaden: Bundeskriminalamt.*

Fattah, Ezzat A., 1993: *Research on Fear of Crime: Some Common Conceptual and Measurement Problems.* In: W. Bilsky, Ch. Pfeiffer, P. Wetzels (Eds.), *Fear of Crime and Criminal Victimization.* Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag, S. 45-70.

Kerner, Hans-Jürgen, 1997: *Kriminologische Forschung im sozialen Umbruch. Ein Zwischenresümee nach sechs Jahren deutsch-deutscher Kooperation.* In: K. Boers, G. Gutsche, K. Sessar (Hrsg.), *Sozialer Umbruch und Kriminalität in*

Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 331-372.

Noll, Heinz-Herbert, Schröder, Helmut, 1995: *Öffentliche Sicherheit und subjektives Wohlbefinden in Ost- und Westdeutschland.* In: W. Glatzer, H.-H. Noll (Hrsg.), *Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung.* Frankfurt a.M./New York: Campus Verlag, S. 305-328.

Reuband, Karl-Heinz, 1999: *Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel.* In: *Neue Kriminalpolitik*, 2/1999, S. 15-20.

Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit

Unterschiedliche Bewertungen in Ost- und Westdeutschland

Moderne Wohlfahrtsstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland ermöglichen den meisten Bürgern ein Leben in Wohlstand und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Sozialstaatliche Regelungen gewährleisten ein bemerkenswertes Maß an sozialer Sicherheit, die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums sorgt für mehr Gerechtigkeit, und die Verfassung garantiert eine Vielzahl von Freiheitsrechten. Inwieweit Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, läßt sich jedoch nicht allein anhand gesetzlicher Bestimmungen und institutioneller Arrangements ermesen, sondern ist auch von einer Vielzahl sozioökonomischer Rahmenbedingungen und individueller Partizipationschancen abhängig. Die subjektive Wahrnehmung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit durch die Bürger kann helfen, Diskrepanzen zwischen gesellschaftlichen Leitbildern und gesellschaftlicher Realität aufzudecken und deren Ursachen zu erkennen. Die Datenbasis für die nachfolgenden Analysen ist der Wohlfahrtssurvey 1998, eine Repräsentativumfrage in den alten und neuen Ländern (vgl. S. 5, Anmerkung 1).

Freiheitsrechte gelten als weitgehend verwirklicht

Die Freiheitsrechte sind im Grundgesetz festgeschrieben. Hier werden unter anderem das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Freiheit des Glaubens, das Recht der freien Meinungsäußerung und das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen, garantiert. Inwieweit diese Freiheitsrechte verwirklicht sind, bewerten die Bürger ganz unterschiedlich.¹

Die Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, daß die Glaubensfreiheit in der Bundesrepublik realisiert ist (Tabelle 1). Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung wird von den meisten als gegeben angesehen, acht von zehn Westdeutschen und sieben von zehn Ostdeutschen meinen, daß man immer und überall seine Meinung frei äußern kann.

Die Freiheit, so zu leben wie man will, und die Berufsfreiheit werden in Ost und West ganz unterschiedlich beurteilt: Während die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Befragten sagt, daß diese Rechte verwirklicht seien, beklagt ein Großteil der Bürger in den neuen Bundesländern größere Defizite. Jeder zweite meint, daß das Recht auf freie Entfaltung der

Persönlichkeit eingeschränkt ist und sieben von zehn Befragten sehen die Freiheit der Berufswahl nicht verwirklicht.

Zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gibt es bemerkenswerte Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung der Freiheitsrechte. Besserverdienende sind häufiger als Einkommensschwache davon überzeugt, daß diese Rechte verwirklicht sind, und Erwerbstätige meinen dies öfter als Arbeitslose. Die Resultate verdeutlichen, wie sehr die individuell wahrgenommene Freiheit von der Höhe des Einkommens und vom Erwerbsstatus, kurz: von den individuellen Partizipationschancen abhängig sein kann.

Auch das Lebensalter wirkt sich auf das Urteil über die Freiheitsrechte aus. Die Bewertung der Berufsfreiheit beispielsweise fällt bei den 18-34jährigen deutlich positiver aus als bei den Älteren. Hierfür dürfte in erster Linie ein ungleiches Ausmaß an Mobilität und Flexibilität verantwortlich sein. Weil jüngere Menschen seltener familiär, beruflich bzw. örtlich gebunden sind, haben sie größere Chancen, Beruf, Ausbildungsstätte und Arbeitsort frei zu wählen, bzw. überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden.

Tabelle 1: Freiheitsrechte im Urteil der Bürger

In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“ ...

	Glaubensfreiheit		Meinungsfreiheit		Freiheit der Lebensgestaltung		Freie Berufswahl	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	96	94	80	69	72	52	78	32
Geschlecht								
Männer	96	93	84	70	75	52	80	36
Frauen	95	95	77	68	69	52	76	28
Alter								
18-34 Jahre	93	91	80	62	68	46	81	46
35-59 Jahre	96	95	78	68	70	50	76	27
über 60 Jahre	97	96	85	76	80	61	78	25
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	97	94	85	70	76	60	80	33
Unterstes Quintil	93	89	77	57	68	41	72	37
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	95	94	81	66	70	48	80	31
Arbeitslos	96	94	71	64	69	47	71	33
Parteipräferenz								
SPD	94	95	83	75	72	59	76	30
CDU/CSU	97	97	85	88	77	69	80	48
FDP	93	/	91	/	71	/	88	/
Bündnis'90/Grüne	95	/	72	/	68	/	77	/
PDS	/	92	/	55	/	42	/	25

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Die Bewertung gesellschaftlicher Verhältnisse wird nicht nur von individuellen Partizipationschancen beeinflusst, sondern auch von der politisch-ideologischen Orientierung. Zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien gibt es zum Teil erhebliche Meinungsunterschiede. Am kritischsten von allen Befragten sind im Westen die Sympathisanten der Grünen und im Osten die der PDS. Eine betont kritische Sicht auf die Gesellschaft gehört offensichtlich nicht nur zur politischen Identität dieser Parteien, sondern auch zum Selbstbild vieler ihrer Anhänger.

Mängel bei Schutz vor Kriminalität und sozialer Sicherheit

Wie lebenswert eine Gesellschaft ist, bemißt sich nicht allein am Umfang der garantierten Freiheiten, sondern auch daran, ob die öffentliche Sicherheit gewährleistet ist, inwieweit die Bürger bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter gesichert sind und in welchem Maße die Umwelt geschützt wird.

Die Mehrheit der Bevölkerung meint, daß sowohl der Schutz des Eigentums als auch der Schutz der Umwelt gewährleistet sind, West- und Ostdeutsche sind sich in diesem positiven Urteil weitgehend einig (Tabelle 2). Schlechter werden dagegen die öffentliche Sicherheit und die soziale Sicherheit beurteilt. Jeder zweite Westdeutsche sieht Mängel beim Schutz vor Kriminalität und etwa jeder dritte beklagt Defizite bei der sozialen Sicherheit. In den neuen Bundesländern meinen sieben

von zehn Bürgern, daß die öffentliche Sicherheit bzw. die soziale Sicherheit nicht verwirklicht sind.

Vor allem Anhänger der Grünen und jüngere Leute sehen Defizite beim Umweltschutz, insbesondere ältere Menschen beklagen fehlenden Schutz vor Kriminalität, und hauptsächlich Arbeitslose und Einkommensschwache kritisieren Mängel bei der sozialen Sicherheit. Diese Ergebnisse sind nicht besonders überraschend, sie machen aber doch noch einmal deutlich, daß die Bewertung von Schutz- und Sicherheitsaspekten nicht nur auf tatsächliche Benachteiligungen zurückzuführen ist, sondern auch auf ein unterschiedlich ausgeprägtes Problembewußtsein, auf unterschiedliche Ansprüche und Erwartungen der Menschen.

Erhebliche Defizite bei Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit

Gleichheit und Gerechtigkeit sind weitere Merkmale, die die Lebensverhältnisse in einer Gesellschaft prägen. Im Grundgesetz sind der Gleichheitssatz, der Gleichberechtigungssatz und das Differenzierungsverbot festgeschrieben.

Die Bewertung durch die Bevölkerung deckt erhebliche Diskrepanzen zwischen Verfassungstext und der erlebten Verfassungswirklichkeit auf (Tabelle 3). Daß es in der Bundesrepublik Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft gibt, meint nur ein kleiner Teil der Menschen, nicht einmal jeder zweite im Westen und nur etwa jeder vierte im Osten. Selbst die Gleichstellung von Mann und Frau und die Solidarität mit Hilfebedürftigen wird von vielen als nicht verwirklicht angesehen. Daß diese Gesellschaft gerecht ist, glauben die

Tabelle 2: Schutz und Sicherheit im Urteil der Bürger

In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“ ...

	Schutz des Eigentums		Umweltschutz		Öffentliche Sicherheit		Soziale Sicherheit	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	85	70	62	64	50	29	63	33
Geschlecht								
Männer	87	70	63	65	56	31	67	35
Frauen	83	71	61	63	44	28	59	31
Alter								
18-34 Jahre	87	70	59	56	53	35	62	39
35-59 Jahre	84	70	60	64	52	28	62	29
über 60 Jahre	84	72	68	70	42	26	65	35
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	87	76	62	67	50	32	69	31
Unterstes Quintil	85	64	65	65	53	25	55	22
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	85	69	61	61	52	29	64	31
Arbeitslos	86	62	62	65	38	32	45	30
Parteipräferenz								
SPD	85	76	61	61	47	30	65	39
CDU/CSU	88	82	69	76	51	42	69	53
FDP	79	/	49	/	56	/	69	/
Bündnis'90/Grüne	84	/	32	/	53	/	57	/
PDS	/	60	/	54	/	19	/	25

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Tabelle 3: Chancengleichheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger

In der Bundesrepublik „ganz und gar“ bzw. „eher realisiert“...

	Gleichstellung von Mann und Frau		Solidarität mit Hilfebedürftigen		Chancengleichheit		Gerechte Verteilung des Wohlstandes	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	in %							
Insgesamt	65	52	49	37	45	23	29	8
Geschlecht								
Männer	72	55	51	40	49	20	31	6
Frauen	59	49	47	35	42	24	27	10
Alter								
18-34 Jahre	67	61	44	42	43	26	29	10
35-59 Jahre	62	48	47	34	41	20	27	6
über 60 Jahre	69	48	57	38	54	23	34	9
Einkommenslage ¹								
Oberstes Quintil	63	48	48	30	48	22	34	5
Unterstes Quintil	64	49	47	35	39	20	23	8
Erwerbsstatus								
Erwerbstätig	68	52	47	37	45	23	29	8
Arbeitslos	54	54	37	31	33	18	24	6
Parteipräferenz								
SPD	62	44	47	38	42	20	22	4
CDU/CSU	71	75	57	57	54	41	41	21
FDP	69	/	56	/	62	/	35	/
Bündnis'90/Grüne	45	/	27	/	33	/	15	/
PDS	/	33	/	31	/	6	/	4

¹ Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen.
/ Fallzahl < 30.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

desdeutsche Gesellschaft insgesamt bewerten, zeigt die Zustimmung zur Aussage „In einem Land wie Deutschland kann man sehr gut leben“.²

Die überwiegende Mehrheit stimmt dem mehr oder weniger zu, 93 Prozent der Westdeutschen und 79 Prozent der Ostdeutschen (Abbildung 1). Von einer generellen Kritik am „Modell Bundesrepublik“ kann demnach keine Rede sein. Das Urteil der Ostdeutschen fällt etwas schlechter aus: Nur 13 Prozent der Ostdeutschen halten die Gesellschaft uneingeschränkt für sehr lebenswert. In Westdeutschland ist der Anteil mit 37 Prozent immerhin fast dreimal so groß. Mehr als ein Fünftel der Ostdeutschen, aber nur 7 Prozent der Westdeutschen, bezweifeln, daß die Bundesrepublik ein Land ist, in dem man sehr gut leben kann.

Angesichts der Vielzahl von gesellschaftlichen Defiziten, die von den Menschen wahrgenommen werden, wird die Gesellschaft insgesamt überraschend positiv beurteilt. Die Vermutung liegt nahe, daß es weitere relevante Merkmale einer „guten Gesellschaft“ gibt, die wesentlich zu dem positiven Gesamturteil beitragen. Hierzu könnte das vergleichsweise hohe Wohlstandsniveau in der Bundesrepublik gehören. Das führt uns zur Frage, wie wichtig Wohlstand, Freiheitsrechte, Schutz vor Kriminalität, soziale Sicherheit, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit etc. für die Bewertung der Gesellschaft sind.

Ausgangspunkt der folgenden Analyse sind die bisher präsentierten Merkmale einer lebenswerten Gesellschaft. Aus inhaltlichen und methodischen Gründen wurden aus dem Geflecht der vielen, teilweise miteinander korrelierenden Items im Rahmen einer Faktorenanalyse drei unabhängige Dimensionen extrahiert: Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. Jede dieser Dimensionen bündelt eine Vielzahl von

wenigsten. Nur drei von zehn Westdeutschen und nicht einmal jeder zehnte Ostdeutsche sagen, daß der Wohlstand in dieser Gesellschaft gerecht verteilt wird.

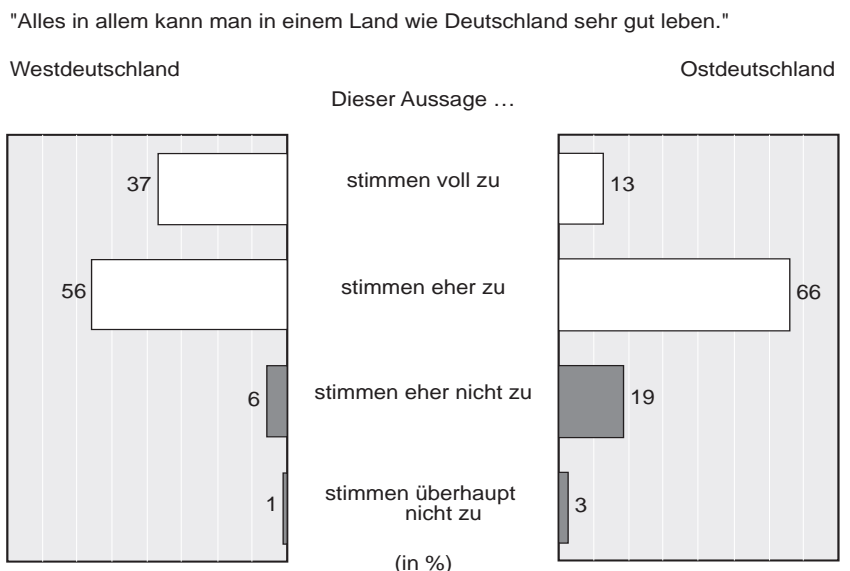
Weiterführende Untersuchungen zeigen, daß die Bewertung von Gleichheit und Gerechtigkeit von kollektiv geteilten Benachteiligungserfahrungen abhängig ist: Frauen kritisieren Defizite bei der Gleichstellung der Geschlechter häufiger als Männer; Arbeitslose und Einkommensschwache beklagen fehlende Solidarität und mangelnde Chancengleichheit öfter als Erwerbstätige und Leute mit höherem Einkommen.

Das war nicht anders zu erwarten, überraschend ist jedoch, daß diese Zusammenhänge nur schwach ausgeprägt sind. Auch ein Großteil der Männer meint, daß die Gleichberechtigung nicht realisiert ist und selbst viele der Besserverdienenden glauben, daß Chancengleichheit und eine gerechte Verteilung des Wohlstandes nicht verwirklicht sind. Öffentliche Diskussionen über soziale Benachteiligung haben offensichtlich auch bei den nicht Betroffenen ein Problembewußtsein geschaffen, das zuweilen über das der tatsächlich Benachteiligten hinausgeht: Nicht die Frauen äußern sich am kritischsten zur Gleichberechtigung, sondern die Anhänger der PDS, und nicht die Arbeitslosen beklagen sich am häufigsten über mangelnde Solidarität, sondern die Sympathisanten der Grünen.

Erstauulich positive Gesamtbewertung

Die präsentierten Befunde vermitteln das Bild einer Bevölkerung, die eine Vielzahl von gesellschaftlichen Problemen wahrnimmt: Defizite bei Chancengleichheit und Gleichberechtigung sowie Mängel beim Schutz vor Kriminalität und bei der sozialen Sicherheit. Selbst elementare Freiheitsrechte sehen einige als nicht verwirklicht an. Wie die Bürger die bun-

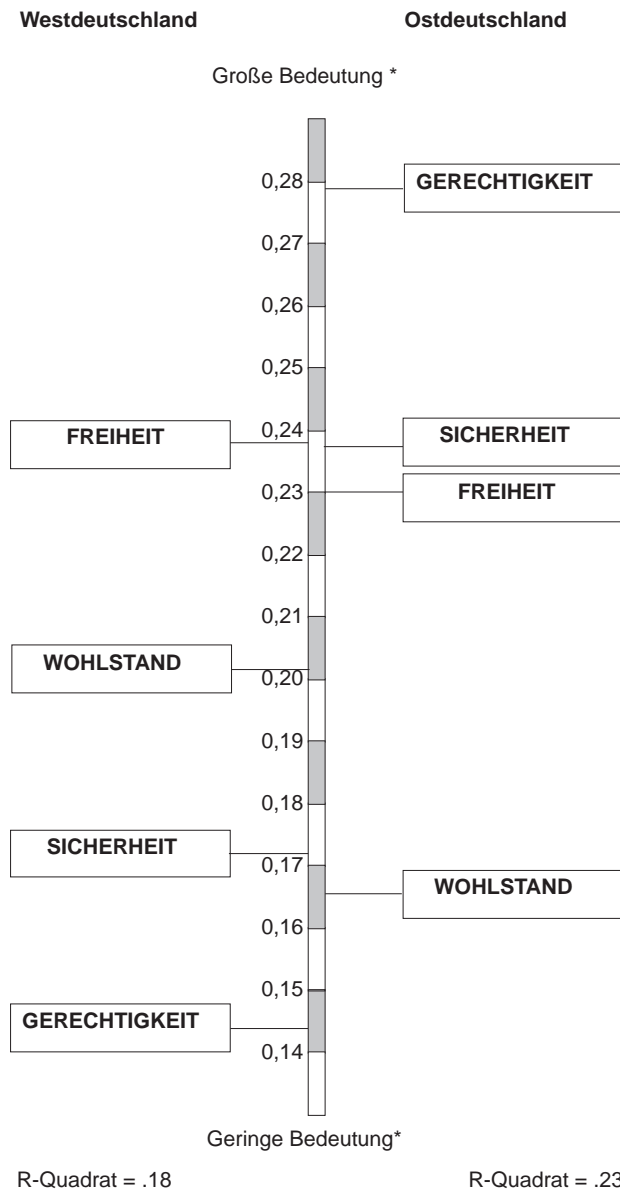
Graphik 1: Gesamtbewertung der Gesellschaft



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

Graphik 2: Unterschiedliche Wertmaßstäbe in Ost und West

"Alles in allem kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben."



*) Ausgewiesen sind die standardisierten Koeffizienten (Beta-Werte) multipler Regressionen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998

unproblematisch gelten. Sicherheits- und Gerechtigkeitsaspekte sind dagegen weniger wichtig. Die Menschen in den neuen Bundesländern setzen andere Prioritäten. Gerechtigkeit und Sicherheit sind besonders relevant - also ausgerechnet die Dimensionen, bei denen die größten Defizite gesehen werden. Entgegen dem verbreiteten Vorurteil messen die Ostdeutschen den Freiheitsrechten ebenfalls eine erhebliche Bedeutung bei; Ost und West unterscheiden sich hier nur unwesentlich voneinander. Wohlstand ist dagegen weniger wichtig als im Westen.

Daß die Ostdeutschen die bestehende Gesellschaft kritischer betrachten, ist also auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens werden in erstaunlichem Einvernehmen Sicherheits- und Gerechtigkeitsdefizite in diesem Land beklagt, denen - und das ist der zweite Teil der Erklärung - eine besonders große Bedeutung beigegeben wird.

Thomas Bulmahn
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
Tel.: 030/25491389

- Anmerkungen:
- 1) Frage: „Was meinen Sie? In welchem Maße sind die folgenden Freiheiten, Rechte, Chancen und Sicherheiten in der Bundesrepublik realisiert? Sind diese voll und ganz realisiert, eher realisiert, eher nicht realisiert oder überhaupt nicht realisiert?“
 - 2) Frage: „Wie sehr stimmen Sie dieser Aussage zu? - ‚Alles in allem kann man in einem Land wie Deutschland sehr gut leben.‘ - Stimmen Sie dieser Aussage voll zu, eher zu, eher nicht zu oder überhaupt nicht zu?“

inhaltlich zusammengehörenden Einzelaspekten. Um ein Beispiel zu nennen: Die Dimension Freiheit setzt sich vor allem aus den Faktoren Glaubensfreiheit, Politische Freiheit, Meinungsfreiheit und Freiheit der Lebensgestaltung zusammen. Um das Wohlstandsniveau in vergleichbarer Weise, das heißt im Sinne einer Bewertung bestehender Verhältnisse, abzubilden, wurde ein einfacher Index berechnet. Dieser Wohlfahrts-Index ergibt sich aus der Summe der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, daß Freiheit, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand

wesentliche Bestimmungsgrößen für die Bewertung der Gesellschaft sind. Je mehr diese Merkmale einer guten Gesellschaft als verwirklicht angesehen werden, desto positiver ist das Gesamturteil. Auch das Wohlstandsniveau hat einen erheblichen Einfluß. Das bedeutet, daß das Urteil über die Gesellschaft auch deshalb so positiv ausfällt, weil das materielle Lebensniveau in der Bundesrepublik sehr hoch ist und fast alle sozialen Gruppen daran teilhaben - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Darüber hinaus macht die Analyse deutlich, daß in Ost und West unterschiedliche Wertmaßstäbe existieren. Für die Westdeutschen sind Freiheit und Wohlstand von großer Bedeutung, also die Dimensionen, die als eher

10 Jahre nach dem Fall der Mauer: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ oder bleibende Ungleichheit?

Tagungsbericht

Das Ende von Dekaden gibt zumeist Anlaß zu Bestandsaufnahmen, der Betrachtung von Erreichtem und Verfehltem, der rückblickenden Gesamtschau von Kontinuitäten und Verwerfungen. Unter diesem Zeichen stand die Tagung „10 Jahre nach dem Fall der Mauer: „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ oder bleibende Ungleichheit?“ der Sektion Sozialindikatoren der DGS, die in Zusammenarbeit mit der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung vom 21.-22. Oktober 1999 in Berlin durchgeführt wurde. Mit den Instrumentarien der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und der Sozialberichterstattung über Daten der amtlichen Statistik bis hin zum Wohlfahrtssurvey wurde für ein Spektrum von Lebensbereichen, wie Arbeitsmarkt, Einkommen, Religion und Öffentliche Sicherheit Bilanz gezogen. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung sollte der Frage nachgegangen werden, inwieweit es bisher gelungen ist, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in West- und Ostdeutschland zu schaffen oder ob mit bleibenden Ungleichheiten zu rechnen ist.

In seinem Eingangsvortrag resümierte Wolfgang Zapf (Berlin) die Frage, wie die deutsche Vereinigung zu bilanzieren sei, mit der Feststellung, die Angleichung der Lebensverhältnisse sei noch nicht erreicht, in Teilen aber realisiert. So zeigen sich sowohl bei den objektiven Lebensbedingungen als auch im subjektiven Wohlbefinden Angleichungstendenzen zwischen Ost- und Westdeutschland; bei Aspekten, die die Qualität der Gesellschaft betreffen, wie der Bewertung von Institutionen, sind allerdings noch starke Unterschiede festzustellen. Rainer Geißler (Siegen) stellte die Umbruchsituation in den Kontext der Modernisierungstheorie und identifizierte Modernisierungsdefizite (u.a. Wohlstands- bzw. Produktivitätskluft, übermäßige Machtkonzentration und Politisierung, Tertiärisierungsrückstand) aber auch Modernisierungsvorsprünge (u.a. struktureller Gleichstellungsvorsprung, weitere Verbreitung von Grundqualifikationen) der DDR in der Ausgangssituation im Jahr 1989. In der zeitlichen Entwicklung vollzieht sich einerseits der erwartete Abbau von Defiziten, andererseits aber auch eine Zunahme sozialer Ungleichheit. Die Kennzeichen des Prozesses insgesamt sind Modernisierung, De-Modernisierung und soziale Unsicherheit. Gerade auf diese Aspekte eines hohen Maßes an Arbeitsmarktunsicherheit, die sich ergebenden Mobilitätschancen und -risiken auf dem

ostdeutschen Arbeitsmarkt und die Folgen für individuelle Erwerbsverläufe verwiesen auch Martin Diewald und Heike Solga (Berlin) auf Basis der ostdeutschen Lebensverlaufsstudie. Im Vergleich zum Transformationsland Polen zeigten sich in Ostdeutschland einige Besonderheiten, etwa im Hinblick auf die zwar bessere Einkommensentwicklung, aber gleichzeitig auch schlechtere Arbeitsplatzsicherheit. Die Einflüsse des Steuer- und Transfersystems auf die Einkommensverteilung in den neuen und alten Bundesländern präsentierte Richard Hauser (Frankfurt) mit den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Die Ergebnisse verweisen darauf, daß das Steuer- und Transfersystem in Ostdeutschland wesentlich zu Einkommensaufstiegen beiträgt. Weitere Aspekte des Einkommens betrachtete Peter Krause (Berlin) auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels im Zeitraum von 1990 bis 1997. Bei der Bewertung der Einkommen zeigt sich eine Angleichung der Zufriedenheitsniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland, während der Anteil der Personen in den unteren und oberen Einkommensgruppen relativ konstant bleibt. Den Zusammenhang von relativen Wohlstandspositionen und subjektiven Wohlbefinden verdeutlichten die Analysen von Petra Böhnke und Jan Delhey (Berlin) mit den Daten des Wohlfahrtssurveys. Sie konnten zeigen, daß eine Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen in Ostdeutschland nicht unbedingt zu Zufriedenheitsanstiegen führen wird.

Im Eröffnungsvortrag des zweiten Konferenztages von Heiner Meulemann (Köln) stand die Frage nach einer freiwilligen oder erzwungenen Säkularisierung in der DDR im Mittelpunkt. Kohortenanalytische Auswertungen zu Einstellungen gegenüber dem religiösen Glauben auf Basis des International Social Survey Programme (ISSP) der Jahre 1991 und 1998 weisen dabei auf ein Erstarren des Glaubens in der jüngsten Alterskohorte in Ostdeutschland hin. Auch die Implementierung unterschiedlicher Bildungssysteme in den neuen Bundesländern ist von wesentlicher Bedeutung für die Bildungschancen von Jugendlichen in allgemeinbildenden Schulen, wie Susanne v. Below (Frankfurt) mit Daten des Mikrozensus 1996 zeigte. Ebenfalls mit den Daten des Mikrozensus belegte Dietmar Dathe (Berlin) die immer noch bestehende höhere Erwerbsbeteiligung ostdeutscher im Vergleich zu westdeutschen verheirateten Frauen mit Kindern, bei denen eher ein Rückzug aus der Erwerbs-

tätigkeit oder in Teilzeitarbeit stattfindet. Solche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind nicht nur in der Erwerbszentriertheit ostdeutscher Frauen festzustellen, sondern spiegeln sich auch in den Erwerbsbiographien wider, in der sich bisher keine Adaption an das westdeutsche Muster ergibt, wie die vorgestellten Ergebnisse von Susanne Falk (Berlin) belegten. Auch in der Betrachtung des sektoralen Arbeitsmarktes, der Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen sind Unterschiede zwischen Ost und West festzustellen, so Rolf Jansen und Ursula Hecker (Berlin) auf Basis der IAB-Studie 1998/99. Auf Seiten der Arbeitsbedingungen gibt es weiterhin mehr Wechselschicht- und Wochenendarbeit in Ostdeutschland, hingegen einen höheren Technisierungsgrad in Westdeutschland; auf Seiten der Berufsmobilität mehr erzwungene Betriebswechsel in Ostdeutschland. Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick (Mannheim) präsentierten Ergebnisse zur Kriminalitätsbelastung auf Basis amtlicher Statistiken, die einen Anstieg der Gesamtkriminalitätsziffer seit der Wiedervereinigung aufzeigen, sowie zu subjektiven Aspekten öffentlicher Sicherheit auf Basis der Wohlfahrtssurveys. Ebenfalls auf Basis des Wohlfahrtssurveys stellte Thomas Bulmahn (Berlin) dar, daß die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft, d.h. als wie lebenswert eine Gesellschaft beurteilt wird, wesentlich von der Einschätzung der Realisierung von Freiheitsrechten, Sicherheit, Gerechtigkeit und Wohlstand abhängig ist, aber auch, daß diesbezüglich unterschiedliche Wertmaßstäbe in Ost- und Westdeutschland bestehen.

Im Rahmen der Tagung wurde auch eine Mitgliederversammlung der Sektion Sozialindikatoren durchgeführt, in der Aktivitäten für das Jahr 2000 besprochen wurden.

■ **Anke Schöb, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-113

Wohnqualität in Ostdeutschland 1990 bis 1998

Annäherung an westdeutsches Niveau bei nur geringen Verbesserungen für einkommensschwache Haushalte

Die Ungleichheit der Lebensverhältnisse zwischen den alten und neuen Bundesländern war zu Beginn der deutschen Vereinigung gerade im Hinblick auf die Wohnsituation stark ausgeprägt. In den neuen Bundesländern bestanden erhebliche Defizite nicht nur in quantitativen und qualitativen Aspekten der Wohnungsversorgung, sondern darüber hinaus auch in der Qualität der Wohnumwelt. Inzwischen haben sich die Wohnverhältnisse in den neuen Bundesländern durch zunehmende Neubauaktivitäten insbesondere seit Mitte der 90er Jahre, umfangreiche Sanierungsarbeiten und Maßnahmen des Umweltschutzes verbessert und der Situation in den alten Bundesländern angenähert. Gleichzeitig wurden aber auch die Wohnungsmieten erheblich angehoben. Der vorliegende Beitrag untersucht - ganz überwiegend anhand der Daten der Wohlfahrtssurveys (vgl. S. 5, Anmerkung 1) - das Ausmaß der Disparität der Wohnverhältnisse zwischen West- und Ostdeutschland zu Beginn der deutschen Vereinigung und den Grad der Konvergenz bis zum Ende der 90er Jahre.

Verbesserungen der Versorgung mit Wohnraum

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, gemessen an der Relation des Wohnungsbestandes zur Zahl der Haushalte, war während des gesamten Zeitraumes von 1990 bis 1997 in Westdeutschland, rein quantitativ betrachtet, deutlich schlechter als in Ostdeutschland. Insbesondere Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre traten in Westdeutschland Versorgungsengpässe auf, denen ein starker Rückgang in der Bautätigkeit vorausgegangen war. Seit Mitte der 90er Jahre hat sich der Wohnungsmarkt in Westdeutschland durch verstärkte Neubautätigkeit zwar merklich entspannt, ohne jedoch die Angebotsdichte im Osten zu erreichen. Auch in Ostdeutschland stieg die Zahl der Neubauten Mitte der 90er Jahre an und der Wohnungsbestand in Relation zur Zahl der Haushalte erhöhte sich. Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland in der quantitativen Versorgung mit Wohnungen sind damit 1997 ähnlich groß wie 1990. Nach Daten des Statistischen Bundesamtes kamen in Westdeutschland auf 100 Haushalte 95 Wohnungen im Jahr 1990 und 97 Wohnungen im Jahr 1997, in Ostdeutschland standen dagegen 100 Haushalten 105 Wohnungen im Jahr 1990 und 108 Wohnungen im Jahr 1997 zur Verfügung. Bei diesen Unterschieden zugunsten Ostdeutschlands ist jedoch zu berücksichtigen, daß ein Teil des Wohnungsbestandes im Osten aufgrund des schlechten Bauzustandes nicht mehr bewohnbar ist (Statistisches Bundesamt, Datenreport 1994, S. 126).

Trotzdem war zu Beginn der Wiedervereinigung die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum aufgrund der geringeren Wohnungsgröße in den neuen Bundesländern deutlich schlechter als im Westen (Graphik 1). Im Durchschnitt hatte ein Ostdeutscher 1,7 Wohnräume und 28,2 qm Wohnfläche zur Verfügung, während auf einen Westdeutschen 1,9 Wohnräume und 36,4 qm entfielen. In beiden Landesteilen, aber vor allem im Osten, haben

sich bis 1997 Verbesserungen ergeben, so daß sich die Ost-West-Unterschiede in der Versorgung mit Wohnraum verringert haben. Nach den Daten der Wohlfahrtssurveys lebten 1990 lediglich 42 Prozent der Ostdeutschen, aber 71 Prozent der Westdeutschen im Jahr 1988, in einer Wohnung, die neben einem gemeinschaftlich genutzten Wohnraum jedem Haushaltsmitglied ein eigenes Zimmer bot; 1998 erreichten bereits 59 Prozent der Ostdeutschen diesen Standard. Damit hat sich die Differenz zu Westdeutschland auf 13 Prozentpunkte verringert.

Rückstand bei der Wohnungsausstattung weitgehend aufgeholt

Die Qualität des Wohnungsbestandes in den neuen Bundesländern wies zu Beginn der Wiedervereinigung enorme Mängel auf, bedingt durch die weite Verbreitung der Plattenbauweise, der nur noch geringen Neubautätigkeit

Ende der 80er Jahre und unzureichenden Renovierungs- und Modernisierungsarbeiten zur Zeit der DDR. Der Rückstand zu den alten Bundesländern wurde auf zwei Jahrzehnte geschätzt. Nur 49 Prozent der Ostdeutschen verfügten über Bad, WC und Sammelheizung in der Wohnung, eine Ausstattung, die in den alten Bundesländern schon damals als Standard galt und dort bereits bei 81 Prozent der Bevölkerung im Jahr 1988 vorhanden war (Graphik 2). In nur acht Jahren stieg in Ostdeutschland der Anteil der Personen mit einer standardgemäß ausgestatteten Wohnung auf 86 Prozent, und der Abstand zu Westdeutschland reduzierte sich auf neun Prozentpunkte. Bei der Ausstattung der Wohnungen mit WC und Bad allein gibt es 1998 nahezu keine Unterschiede mehr zwischen Ost- und Westdeutschen.

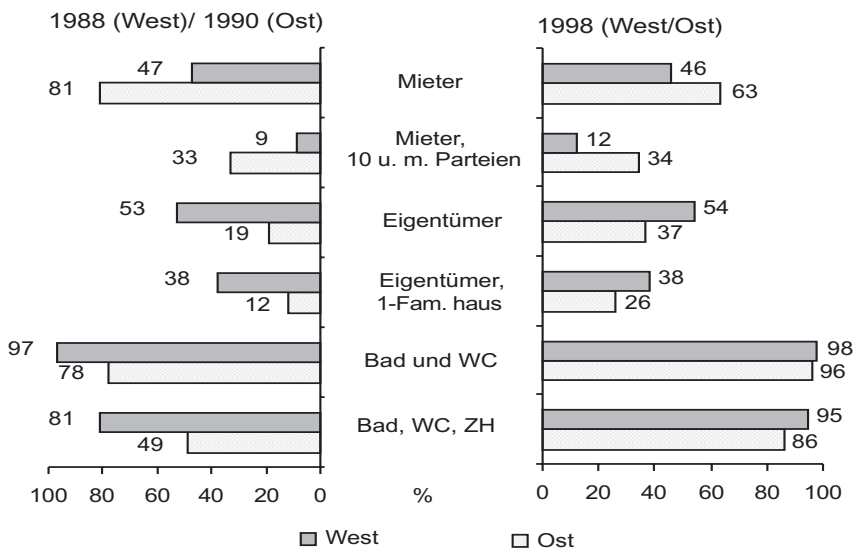
Weitere qualitative Verbesserungen können im Hinblick auf die Wohnform, d. h. Rechtsverhältnis und Größe des Wohnhauses, festgestellt werden. So ist in den neuen Bundesländern der Anteil der Bürger, die im eigenen Haus/der eigenen Wohnung oder dem Haus/der Wohnung der Familie leben, von 19 Prozent im Jahr 1990 auf 37 Prozent im Jahr 1998 gestiegen. Nach wie vor besteht aber ein Abstand gegenüber Westdeutschland, wo inzwischen der überwiegende Teil der Bevölkerung im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung (Eigen- oder Familienbesitz) lebt. Der Anstieg der Eigentümernquote in Ostdeutschland ging mit einem Rückgang des Anteils von Mietern in kleineren und mittleren Wohnhäusern einher, während die für die ehemalige DDR typischen großen Plattenbauten 1998 offensichtlich noch

Graphik 1: Versorgung mit Wohnraum



Datenquelle: Statistisches Bundesamt

Graphik 2: Objektive Indikatoren der Wohnqualität in West- und Ostdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-0, 1998

Im Osten starke Verringerung der wahrgenommenen Umweltprobleme am Wohnort ...

Die Wohnqualität wird nicht nur von den Merkmalen der Wohnung bestimmt, sondern auch von verschiedenen Aspekten der Wohnumwelt wie z.B. Infrastruktur, Siedlungsdichte, Grad der Industrialisierung, Umweltbelastungen, Kriminalitätsraten. In die vorliegende Analyse zur Annäherung der Wohnqualität in West- und Ostdeutschland zwischen 1990 und 1998 werden die von der Bevölkerung an ihrem Wohnort wahrgenommenen Umweltprobleme einbezogen.

Auch im Hinblick auf die Qualität der Wohnumwelt bestand in Ostdeutschland zu Beginn der Wiedervereinigung eine ungünstigere Situation als in Westdeutschland. Der Anteil der Befragten, die angaben, in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung sehr starken oder starken Grund zur Klage über verschiedene Umweltprobleme zu haben, lag bei allen Beeinträchtigungen im Osten deutlich höher als im Westen (Graphik 4). Bis 1998 hat sich das Ausmaß an wahrgenommenen Umweltbelastungen

genauso häufig zu finden sind wie 1990. Ein Drittel der ostdeutschen Bevölkerung lebte 1998 in einem Mietshaus mit 10 und mehr Parteien; dies ist etwa das Dreifache des entsprechenden Anteils in Westdeutschland.

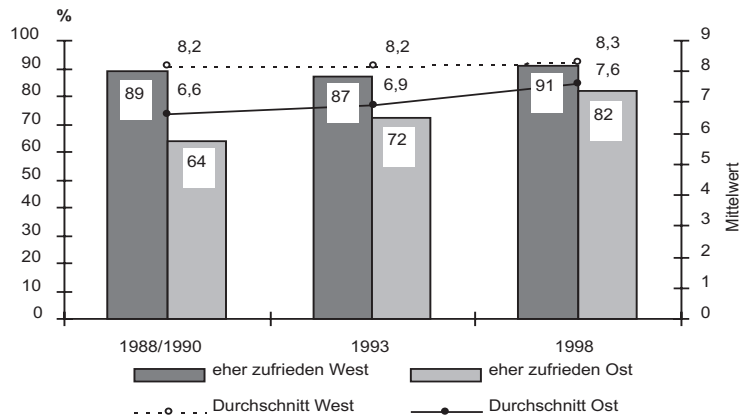
zufriedenheit im Osten dem westlichen Niveau angenähert.

Anstieg der Wohnzufriedenheit im Osten durch verbesserte Wohnbedingungen

Die objektiven Wohnbedingungen - Wohnungsgröße, Ausstattung, Wohnform - haben sowohl in West- als auch in Ostdeutschland einen erheblichen Einfluß auf die Wohnzufriedenheit der Bürger. Am stärksten wirkt sich die Wohnform auf die Zufriedenheit aus. Das niedrigste Zufriedenheitsniveau mit einem Durchschnittswert von 7,1 in Westdeutschland und 6,6 in Ostdeutschland auf einer Skala von 0-10 findet man 1998 bei den Bewohnern großer Mietshäuser (20 und mehr Parteien), während die Wohnverhältnisse im eigenen Einfamilienhaus mit Werten von 8,9 bzw. 8,6 sehr positiv bewertet werden. Darüber hinaus hängt die Wohnzufriedenheit von dem zur Verfügung stehenden Wohnraum ab. Wird ein Minimalstandard von wenigstens einem Wohnraum pro Person nicht erreicht, liegen die durchschnittlichen Zufriedenheitswerte bei 7,1 im Westen und 6,4 im Osten, während bei einem großzügigen Wohnraumangebot von 2 und mehr Räumen pro Haushaltsmitglied Zufriedenheitswerte von 8,6 bzw. 8,2 resultieren. Erhebliche Zufriedenheitsunterschiede bestehen außerdem zwischen Personen mit Bad, WC und Sammelheizung in der Wohnung und Personen ohne diese Ausstattungsmerkmale (West: 8,3 vs. 7,3; Ost: 7,7 vs. 6,5).

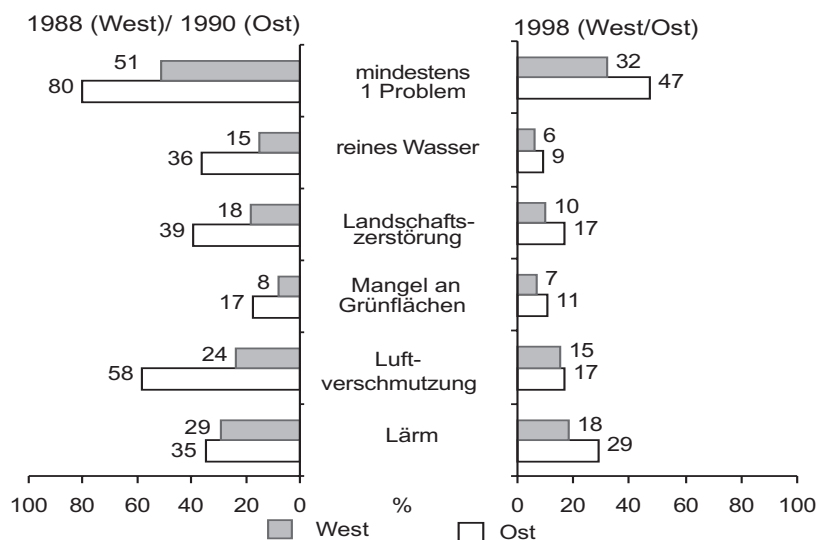
Die Verbesserung der Wohnbedingungen in Ostdeutschland ging mit einem deutlichen Anstieg der Zufriedenheit mit der Wohnung einher (Graphik 3). Der Durchschnittswert auf der Zufriedenheitsskala von 0-10 stieg von 6,6 im Jahr 1990 auf 7,6 im Jahr 1998; der Anteil der eher Zufriedenen (Skalenbereich von 6-10) stieg im gleichen Zeitraum von 64 Prozent auf 82 Prozent. Damit hat sich die Wohn-

Graphik 3: Wohnzufriedenheit in West- und Ostdeutschland 1988/90 bis 1998



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-0, 1993, 1998

Graphik 4: Wahrgenommene Umweltprobleme¹ am Wohnort in West- und Ostdeutschland 1988/90 und 1998



¹ Sehr starken oder starken Grund zur Klage über ...

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-0, 1993, 1998

Tabelle 1: Zufriedenheit¹ mit der Wohngegend nach Art und Größe des Wohnortes 1988/1990 - 1998

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1988	1993	1998	1990	1993	1998
insgesamt	8,1	8,2	8,1	6,9	7,2	7,4
Art und Größe des Wohnortes						
Dorf, rein ländlich/Einzelgehöft	8,7	8,6	8,6	7,5	7,4	8,2
Dorf, Nähe mittlere Stadt/Großstadt	8,3	8,8	8,4	6,2	8,1	8,1
Ländliche Kleinstadt	8,4	8,8	8,3	7	7,5	7,3
Industrielle Kleinstadt	7,9	7,8	7,9	6,8	7	7,6
mittlere Stadt, wenig Industrie	7,8	8	8,4	6,8	7,7	6,7
mittlere Stadt, viel Industrie	7,6	7,7	7,7	6,5	6,7	(5,1)
Großstadt	7,6	7,6	7,6	6,7	6,4	6,8
Vorort einer Großstadt	8	8,3	7,5	8,4	7,6	(7,7)

1) Durchschnittswerte auf einer Skala von 0 (= ganz und gar unzufrieden) bis 10 (= ganz und gar zufrieden)

() weniger als 30 Befragte

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993, 1998

Tabelle 2: Die Entwicklung der Wohnungsmieten und Mietbelastungsquote in Ost - deutschland 1990-1997

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Bruttokaltmiete in DM/qm ¹	0,88	0,96	3,98	6,08	6,92	7,57	8,63	9,26
Mietbelastungsquote ² in %	4,0	3,8	12,4	16,8	16,9	18,0	19,7	21,1

1) 1990 in Mark

2) Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen

Datenquelle: DIW-Wochenberichte 28/1991, 20/1993, 21/1994, 8/1995, 21/1997, 22/1998 auf Basis des SOEP

am Wohnort sowohl im Osten als auch im Westen verringert. Der Rückgang ist besonders im Osten erheblich und betrifft hier insbesondere die Luftverschmutzung, die Landschaftszerstörung und die Reinheit des Trinkwassers. Die Verbesserung der wahrgenommenen Umweltqualität insbesondere im Osten

zeigt sich auch in einer Betrachtung der Kumulation von Beeinträchtigungen. Während 1990 noch rund 80 Prozent der Ostdeutschen über mindestens eines und sogar 54 Prozent über mehr als eines der aufgeführten Probleme klagten, betragen die entsprechenden Anteile 1998 nur noch 47 Prozent bzw. 23 Pro-

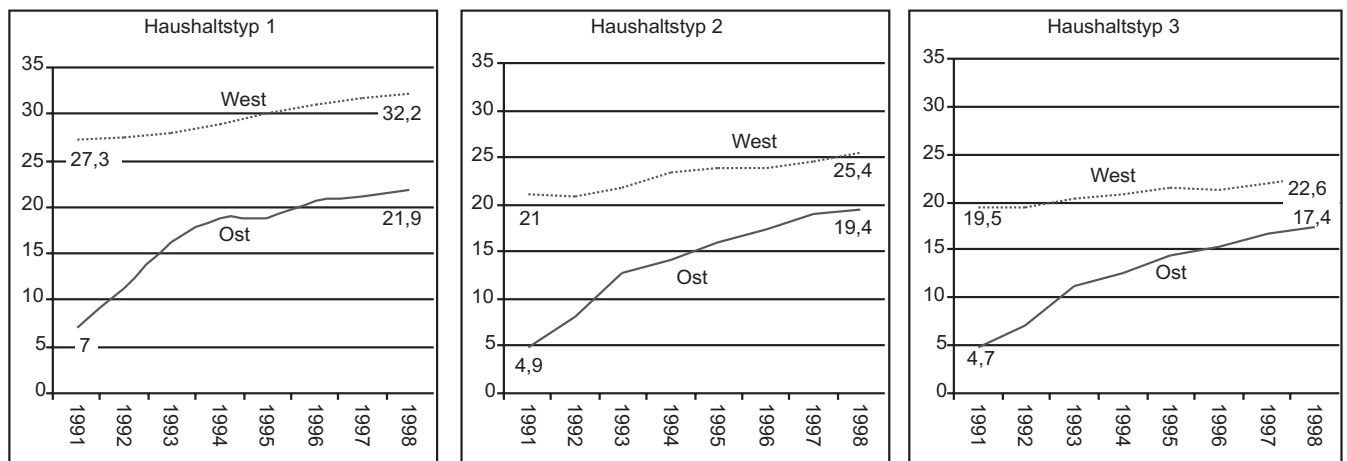
zent. Nach wie vor findet man in den neuen Bundesländern ein größeres Ausmaß an Beeinträchtigungen, doch haben sich die Unterschiede gegenüber dem Westen erheblich reduziert.

... und damit verbundener Anstieg der Zufriedenheit mit der Wohngegend

Die am Wohnort wahrgenommenen Umweltprobleme haben einen erheblichen Einfluß auf die Bewertung der Wohngegend insgesamt. Die Zufriedenheit mit der Wohngegend erreicht 1998 auf der Skala von 0-10 ein Durchschnittsniveau von 8,6 in Westdeutschland und 8,1 in Ostdeutschland, wenn keines der genannten Probleme sehr starken oder starken Grund zur Klage gibt. Je mehr Belastungen der Umwelt wahrgenommen werden, umso geringer ist die Zufriedenheit. Bei einer Kumulation von mehr als zwei Beeinträchtigungen sinkt die Zufriedenheit mit der Wohngegend auf Werte von 6,0 (West) bzw. 6,3 (Ost). Insofern überrascht es nicht, daß die Verbesserung der Umweltqualität in Ostdeutschland mit einem Anstieg der Zufriedenheit mit der Wohngegend zwischen 1990 und 1998 einherging, wobei sich der Anteil der Unzufriedenen nahezu halbiert hat. Dagegen blieb in Westdeutschland die Zufriedenheit mit der Wohngegend in den letzten 10 Jahren auf stabil hohem Niveau (siehe auch Tabelle 1).

Neben den in der Wohnungsbau wahrgenommenen Umweltproblemen ist das Sicherheitsgefühl am Wohnort eine weitere Determinante der Zufriedenheit mit der Wohngegend. Da sich auch dieser Aspekt der Wohnumwelt in Ostdeutschland positiv verändert hat (vgl. dazu den Beitrag von Noll/Weick in dieser Ausgabe), hat insgesamt eine bedeutsame Steigerung der subjektiven Qualität der Wohngegend im Osten und eine Annäherung an den Westen stattgefunden. Die Zufriedenheit mit der Wohngegend variiert deutlich mit der Art und Größe des Wohnortes (Tabelle 1). In West-

Graphik 5: Anteil der Ausgaben für Wohnungsmieten an allen Ausgaben für den privaten Verbrauch¹



1) Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen. Haushaltstyp 1 = 2-Personen-Haushalte von Rentnern mit geringem Einkommen; Haushaltstyp 2 = 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen; Haushaltstyp 3 = 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen

Datenbasis: Berechnet nach Statistisches Jahrbuch 1994, S. 572-573, 577 und Statistisches Jahrbuch 1999, S. 556-559.

deutschland und mit wenigen Ausnahmen auch in Ostdeutschland findet man zu allen Zeitpunkten ein vergleichsweise hohes Zufriedenheitsniveau bei den Bewohnern der Dörfer und ländlichen Kleinstädte. Dagegen ist die Zufriedenheit bei den Bewohnern der Großstädte und mittleren Städte mit viel Industrie vergleichsweise gering und hat sich im Zeitverlauf auch kaum wesentlich gesteigert. Die geringere Zufriedenheit steht in Zusammenhang mit einer höheren Umweltbelastung, aber auch mit einer geringeren subjektiven Sicherheit, die Bewohner von Großstädten und mittleren Industriestädten im Vergleich zu Bewohnern von Dörfern und Kleinstädten empfinden.

Verbesserte Wohnqualität zu steigenden Kosten

Die erhebliche Verbesserung der Wohnverhältnisse in den neuen Bundesländern und die Angleichung an westdeutsche Niveaus war bekanntlich mit einer enormen Anhebung der Wohnungsmieten verbunden. Nach den Daten des SOEP stieg die Bruttokaltmiete pro Quadratmeter von durchschnittlich 0,88 Mark im Jahr 1990 auf 9,26 DM im Jahr 1997 und näherte sich damit dem westdeutschen Durchschnittspreis von 10,77 DM an (Tabelle 2). Bei gleicher Qualität der Wohnung bestehen nur noch geringe Unterschiede zwischen west- und ostdeutschem Mietenniveau (Frick/Lahmann 1998). Entsprechend der Anhebung der Wohnungsmieten ist auch die Mietbelastungsquote trotz gleichzeitiger Einkommenszuwächse der Haushalte stark angestiegen. Im Jahr 1997 mußten ostdeutsche Haushalte im Durchschnitt bereits mehr als ein Fünftel des Haushaltsnettoeinkommens für die Miete (kalt) aufwenden; die Mietbelastungsquote lag in den alten Bundesländern mit mehr als 25 Prozent aber immer noch deutlich höher.

Die Annäherung der Wohnkosten in West- und Ostdeutschland zeigt sich auch in den laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (Graphik 5). Bei allen drei Haushaltstypen hat sich der Anteil der privaten Verbrauchsausgaben, der für die Wohnungsmiete (kalt) aufgewendet wird, in Ostdeutschland zwischen 1991 und 1998 stark vergrößert, während in Westdeutschland vergleichsweise mäßige Zuwächse zu beobachten sind.

Zunehmende soziale Ungleichheit der Wohnqualität

Die starke Zunahme der Wohnkosten und der Belastung des Haushaltseinkommens durch Mieten, die der Preis für die verbesserten Wohnverhältnisse im Osten war, ergibt für Haushalte mit geringem Einkommen eine besonders schwierige Situation. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit es auch einkommensschwachen Haushalten in Ostdeutschland möglich war, eine höhere Wohnqualität zu erreichen.

Eine Analyse verschiedener objektiver und subjektiver Indikatoren der Wohnqualität in

Tabelle 3: Wohnqualität nach Einkommensniveau des Haushalts 1988/90, 1993 und 1998

			bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen in Quintilen ¹					
			Westdeutschland			Ostdeutschland		
			1. Q.	2.-4.	5. Q.	1. Q.	2.-4.	5. Q.
mehr als 1 Wohnraum/Person	%	1988/90	49	68	87	47	39	41
	%	1993	51	63	86	35	51	53
	%	1998	52	71	91	48	56	78
Bad, WC und ZH	%	1988/90	72	81	86	33	52	59
	%	1993	80	87	95	42	56	58
	%	1998	89	94	99	69	88	92
Eigentümer	%	1988/90	41	50	58	20	19	13
	%	1993	38	44	50	32	29	27
	%	1998	37	51	65	31	36	46
Zufriedenheit mit der Wohnung	Ø	1988/90	7,9	8,2	8,4	6,3	6,6	6,9
	Ø	1993	7,9	8,1	8,2	6,5	7,0	7,0
	Ø	1998	7,8	8,2	8,6	6,4	7,7	8,0
Umweltprobleme am Wohnort ²	%	1988/90	56	50	49	67	83	82
	%	1993	47	45	46	51	60	61
	%	1998	34	33	29	51	49	41
Zufriedenheit mit der Wohngegend	Ø	1988/90	8,1	8,0	8,2	7,0	6,6	7,3
	Ø	1993	8,1	8,2	8,1	7,3	7,2	7,1
	Ø	1998	7,9	8,1	8,1	6,4	7,6	7,8

- 1) Gewichtungsfaktoren: Einpersonenhaushalt = 1, Zweipersonenhaushalt = 1,7, Dreipersonenhaushalt = 2,3; für jedes weitere Haushaltsmitglied erhöht sich der Gewichtungsfaktor um 0,5.
2) sehr starken/starken Grund zur Klage über mindestens 1 Umweltproblem am Wohnort

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988, 1990-Ost, 1993, 1998

Abhängigkeit vom Einkommensniveau des Haushalts zeigt für Ostdeutschland, daß Angehörige einkommensschwacher Haushalte entweder gar nicht oder in wesentlich geringerem Maße als Angehörige wohlhabender Haushalte die einzelnen Aspekte ihrer Wohnsituation zwischen 1990 und 1998 verbessern konnten (Tabelle 3). Dies trifft sowohl für Merkmale der Wohnung als auch der Wohnumwelt zu, und die Zufriedenheit mit der Wohnung insgesamt hat sich ebensowenig wie die Zufriedenheit mit der Wohngegend in der untersten Einkommensgruppe erhöht. Insgesamt hat sich in Ostdeutschland eine ausgeprägte Ungleichheit der Wohnverhältnisse zwischen unteren und oberen Einkommenschichten entwickelt; somit hat auch in dieser Hinsicht eine Annäherung an die alten Bundesländer stattgefunden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß sich die Wohnverhältnisse in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung stark verbessert haben, aber immer noch ein Rückstand zu Westdeutschland vorhanden ist. Der Anstieg der Wohnqualität war mit einer erheblichen Steigerung der Wohnkosten verbunden, die es einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen offensichtlich in relativ geringem Maße ermöglichte, an den Verbesserungen teilzuhaben. Für Deutschland insgesamt ergeben sich damit 1998 systematische regionale und einkom-

mensabhängige Versorgungsunterschiede derart, daß in allen Dimensionen der Wohnqualität Ostdeutsche mit relativ geringem Haushaltseinkommen am schlechtesten und Westdeutsche mit relativ hohem Einkommen am besten gestellt sind. Gegenüber dem Jahr der Wiedervereinigung haben sich bei insgesamt verbessertem Versorgungsniveau die Disparitäten zwischen West- und Ostdeutschland verringert, aber die soziale Ungleichheit der Wohnqualität im Osten hat sich erhöht.

Frick, J.; Lahmann, H.: Wohnungsmieten in Deutschland im Jahr 1997. Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels. DIW-Wochenbericht 22/1998. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1998

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1994

■ **Regina Berger-Schmitt, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-248

Neue Sozialberichte für Tschechien und Ungarn

Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems ist in Tschechien ein Sozialbericht erschienen, der die gesellschaftlichen Veränderungen, die mit der Transformation zu einem marktwirtschaftlichen und demokratischen System verbunden sind, beschreiben und analysieren will. Nahezu zehn Jahre sind auch in Ungarn seit dem Wandel des politischen Systems vergangen, und so wird auch in der neuen Ausgabe des ungarischen „Social Report“ eine Art Bilanz der Transformation in der zurückliegenden Dekade gezogen, mit zum Teil ähnlichen, zum Teil unterschiedlichen Ergebnissen wie in Tschechien.

Der Band mit dem Titel „Ten Years of Rebuilding Capitalism: Czech Society after 1989“ ist der erste umfassende Sozialbericht über die tschechische Gesellschaft. Der in tschechischer und englischer Sprache veröffentlichte Bericht ist ein Arbeitsprodukt des von Mitte 1996 bis Ende 1998 mit staatlichen Mitteln geförderten Projektes „Social Trends“, in dem Wissenschaftler aus vier Institutionen mitarbeiteten. Neben dem Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik, dem die Herausgeber, Jirí Vecerník und Petr Mateju, angehören, waren die Wirtschaftsuniversität und die Charles Universität in Prag und die Masaryk Universität in Brno beteiligt. Das Hauptanliegen des Projektes war die Initiierung eines alle zwei Jahre erscheinenden Sozialberichts und die Verbesserung der Grundlagen für eine kontinuierliche Sozialberichterstattung.

Das Ergebnis ist ein sehr informativer und qualitativ hochwertiger Bericht, der zudem in der Strukturierung und der Art der Präsentation überzeugt. Es wird kein Anspruch auf eine vollständige Erfassung aller Bereiche erhoben, sondern es lassen sich vielmehr deutliche thematische Schwerpunkte feststellen, die den Bericht in drei Teile mit jeweils vier Kapiteln gliedern. Der erste Teil befaßt sich mit dem Arbeitsmarkt, der Privatisierung der Wirtschaft, den Bereichen Bildung, Ehe und Familie als den Ressourcen des sozio-ökonomischen Wandels. Der zweite Teil wendet sich Fragen der ökonomischen und sozialen Ungleichheit zu, z.B. Fragen der Einkommensungleichheit, der Einkommensumverteilung durch Steuern und Sozialleistungen und der Aufgaben/Verantwortlichkeit des Staates. Die Veränderungen der politischen Strukturen und die Beziehungen zwischen sozialer Schichtung und politischer Orientierung sind Gegenstand von Teil 3. Durchgehend findet man Informationen zu objektiven Tatbeständen durch Ergebnisse zu subjektiven Wahrnehmungen, Einstellungen und Bewertungen der Bevölkerung ergänzt.

Zu den wichtigsten Ergebnissen des Sozialberichts gehört, daß trotz der weitreichenden Veränderungen von Arbeitsmarkt und Beschäftigungsstrukturen, die Arbeitslosenquote auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau geblieben ist. Sie stieg von 0,8 Prozent im Jahr 1990 auf 4,1 Prozent im Jahr 1991; in den darauf folgenden Jahren lag sie jeweils deutlich unter 4% und stieg erst 1997 etwas an (4,4%). Im Gegensatz dazu betrug die Arbeitslosenquote in Ungarn zwischen 1991 und 1996 immer mindestens 10 Prozent und sank erst 1997 auf ein etwas geringeres Niveau (8,9%), in Polen war sogar eine noch höhere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Als Ursache für die auch im EU-Vergleich niedrige Arbeitslosigkeit in Tschechien werden mehrere Faktoren diskutiert: die Expansion des Dienstleistungssektors; die Zunahme kleiner Unternehmen; das Ausscheiden von Rentnern aus dem Arbeitsmarkt, die 1989 noch 10 Prozent aller Beschäftigten ausmachten; das langsame Tempo der Modernisierung und Produktivitätssteigerung; ein niedriges Lohnniveau und die Zunahme von Beschäftigungsverhältnissen ohne Sozialversicherungsschutz.

Wie in anderen Ländern sind Personen mit geringem Bildungsniveau am häufigsten von Arbeitslosigkeit betroffen. Ein hoher Stellenwert des Bildungs- und Qualifikationsniveaus ergibt sich nicht nur im Hinblick auf die Arbeitsmarktchancen, sondern zeigt sich zunehmend auch für die Verdienstmöglichkeiten: So stieg die Korrelation zwischen Bildungsniveau/beruflicher Position und Arbeitseinkommen zwischen 1991 und 1997 erheblich an (.38 vs. .60) und die bildungsspezifischen Einkommensunterschiede erhöhten sich. Auch in der Einschätzung der Bürger ist die Wichtigkeit von Bildung gestiegen: Während 1992 noch 30 Prozent der Tschechen eine hohe Bildung als wichtig für den Erfolg im Leben betrachteten, waren es 1997 bereits 61 Prozent. Diese Einstellungsveränderungen schlagen sich auch deutlich in Verhaltensänderungen nieder. So ist die Bildungsbeteiligung an weiterführenden, berufsbildenden Schulen gestiegen, ebenso wie die Zahl der Studenten an Universitäten, die im internationalen Vergleich jedoch immer noch ein eher niedriges Niveau erreicht.

Die einzelnen Kapitel wurden von unterschiedlichen Autoren verfaßt, die am Anfang des Buches aufgeführt sind. Dennoch wirkt der Bericht sehr homogen, was nur zum Teil durch einheitliche formale Merkmale der verschiedenen Kapitel bedingt ist. So enthält jedes Kapitel vier oder fünf Gliederungspunkte und schließt mit einem Abschnitt „Schlußfolgerungen“. Jedes Kapitel stellt eine ausgewogene

Mischung aus Text, Tabellen und Schaubildern dar, die in einheitlicher und verständlicher Weise gestaltet sind. Eingestreut sind jeweils - nach dem Vorbild der französischen *Données Sociales* - Kästen, in denen Informationen zu Surveys, methodischen Fragen, Forschungsprojekten, gegeben werden, aber auch Definitionen, Konzepte, theoretische Ansätze sowie gesetzliche Regelungen erläutert werden. Die Kapitel zeichnen sich zudem durch eine sorgfältige, problemorientierte und theoriegeleitete Analyse und Interpretation der Daten unter Verwendung von zum Teil anspruchsvollen statistischen Methoden aus. Die herangezogenen Daten entstammen amtlichen Quellen, speziellen soziologischen Studien und zum großen Teil international vergleichenden Surveys, weshalb auch zahlreiche Vergleiche mit anderen Ländern enthalten sind. Der Bericht wird abgerundet durch ein kritisches Schlußkapitel zu den Herausforderungen und Gefahren der Transformation. Ein Anhang mit vielen weiteren ergänzenden Zeitreihen, Informationen zur Datengrundlage und zum Projekt „Social Trends“ sowie ein gemeinsames, umfangreiches Literaturverzeichnis schließen das Buch ab.

Durch eine gleichermaßen hohe Qualität ist die neue Ausgabe des ungarischen Sozialreports gekennzeichnet, der seit 1990 alle zwei Jahre erscheint und nun wieder, wie bereits die erste Ausgabe, in einer englischen Fassung vorliegt. Der Sozialbericht wird von TÁRKI (Social Research Informatics Center) veröffentlicht, einem sozialwissenschaftlichen Forschungsverbund von insgesamt zehn Institutionen aus dem Bereich der universitären und außeruniversitären Sozialforschung und amtlichen Statistik. Er ist wesentlich umfangreicher als der tschechische Bericht (564 vs. 367 Seiten) und behandelt ein größeres Spektrum von Themen, wirkt aber insgesamt weniger als Einheit, sondern hat eher den Charakter einer Sammlung von eigenständigen Artikeln unterschiedlicher Autoren.

Die 24 Beiträge (neben der Einleitung) des Bandes wurden in sieben Themenbereiche gegliedert. Im ersten Teil sind in einem Kapitel die wichtigsten Entwicklungen in den Bereichen Bevölkerung und Familie, Bildung, Beschäftigung, Sozialstruktur, Einkommen, Verbrauch, Wohnen, Gesundheit, Zeitverwendung und Lebensstile, Kultur, abweichendes Verhalten zusammengefaßt. Hier werden die Veränderungen in jedem Bereich in einem kurzen Text beschrieben und anhand objektiver Indikatoren in einer Tabelle im Anhang des Kapitels dokumentiert. Dieser Teil des Sozialberichts geht auf das unter Leitung von Rudolf Andorka in den 70er und 80er Jahren entwickelte System Sozialer Indikatoren zurück, das jedoch in der ersten Ausgabe des Sozialberichts von 1990 wesentlich ausführlicher dargestellt worden war. Dort war jeder Lebensbereich noch in einem eigenen Kapitel behandelt worden, und im Vergleich dazu fällt die Beschreibung grundlegender Indikatoren der Wohlfahrtsentwicklung und des sozialen Wandels in der vorliegenden Ausgabe sehr knapp

aus. Zu den wichtigen Ergebnissen dieses Kapitels gehört z.B. die Zunahme der Bildungsbeteiligung an weiterführenden Schulen und Hochschulen, die jedoch - wie in Tschechien - nach wie vor hinter anderen entwickelten Ländern zurückbleibt; der Rückgang der Beschäftigung und die bereits genannte erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit (1989: 0,3%; 1992: 13,2%; 1997: 10,5%); der Rückgang der Realeinkommen und des privaten Verbrauchs; nur geringe Verbesserungen der Wohnbedingungen; eine auf vergleichsweise niedrigem Niveau nahezu stagnierende Lebenserwartung.

Der zweite Themenbereich behandelt in vier Kapiteln sozialstrukturelle Veränderungen, z.B. soziale Schichtung und soziale Ungleichheit, Umfang der Schattenwirtschaft, Gewinner und Verlierer der Transformation. Ein zentrales Ergebnis der hier präsentierten Analysen ist die Zunahme der Einkommensungleichheit - eine Entwicklung, die auch in Tschechien zu beobachten ist. Es zeigt sich, daß insbesondere die mittleren Einkommenschichten ihre Position verschlechtert haben. Der dritte Themenbereich befaßt sich mit Merkmalen der Beschäftigung im öffentlichen Sektor und mit speziellen Berufsgruppen. Der Einfluß der Transformation auf Struktur und Bedeutung sozialer Netzwerke ist das Thema der beiden Kapitel des vierten Teils. Anhand von Daten des Ungarischen Haushaltspanels wird zwischen 1993 und 1997 ein sehr deutlicher Rückgang sowohl in der Häufigkeit von Freundschaftsbeziehungen als auch in den Hilfebeziehungen zwischen Haushalten konstatiert, ohne daß jedoch die Ursachen dieser Entwicklung aufgedeckt werden.

Unter dem Titel „Welfare Systems“ werden im fünften Teil verschiedene Aspekte des Gesundheits-, Renten- und Bildungssystems behandelt. Darüber hinaus wird das Ausmaß von Einkommensarmut untersucht, die zwischen 1992 und 1997 deutlich zugenommen hat und einen erheblich höheren Bevölkerungsanteil trifft als beispielsweise in Tschechien. Gleichzeitig wird gezeigt, daß verschiedene wohlfahrtsstaatliche Leistungen zur Minderung von Armut erheblich beitragen. Der sechste Teil ist dem Wahlverhalten der Bevölkerung und dem Wandel politischer Einstellungen gewidmet. Der letzte Themenbereich umfaßt Einstellungen, subjektive Wahrnehmungen und Bewertungen in anderen Bereichen.

Die verschiedenen Beiträge können sich auf ein reichhaltiges Datenmaterial des ungarischen statistischen Amtes und TÁRKI stützen und ziehen darüber hinaus auch international vergleichende Daten heran. Die empirischen Ergebnisse werden in einen theoretischen und/oder gesellschaftspolitischen Bezugsrahmen gestellt und beruhen zum Teil auf komplexen statistischen Verfahren. Dies macht das hohe wissenschaftliche Niveau der Beiträge aus.

Sowohl im ungarischen als auch im tschechischen Sozialbericht werden jedoch einzelne,

wichtige Lebensbereiche der Bevölkerung, wie z.B. Wohnverhältnisse, Freizeit, öffentliche Sicherheit, Umwelt, Gesundheit (Tschechien), Familie (Ungarn) entweder gar nicht oder kaum behandelt. Die Berücksichtigung dieser Bereiche in zukünftigen Ausgaben könnte den Wert der beiden Sozialberichte noch steigern.

Vecerník, Jirí; Mateju, Petr (eds.): Ten Years of Rebuilding Capitalism: Czech Society

after 1989. Praha: Academia 1999 (<http://www.soc.cas.cz/trends>)

Kolosi, Tamás; Tóth, István György; Vukovich, György (eds.): Social Report 1998. Budapest: TÁRKI 1999 (<http://www.tarki.hu>)

■ **Regina Berger-Schmitt, ZUMA**
Tel.: 0621/1246-248

Sozialpolitik als interdisziplinäre Aufgabe - Eine Buchbesprechung

Eine akademische Tradition der Sozialpolitikforschung als feste Disziplin neben der Ökonomie, der Politikwissenschaft und der Soziologie hat sich im deutschsprachigen Raum - anders als in Großbritannien beispielsweise - niemals etablieren können. Daß diese aber eine eigene inhaltliche Perspektive gewinnen kann, dürfte spätestens seit den Beiträgen von Autoren wie Aichinger und Lampert deutlich sein. Das zweibändige Buch *Grundzüge der Sozialpolitik* der Autoren Badelt und Österle von der Wirtschaftsuniversität Wien entspringt ebenso einem Selbstverständnis, das sich von verkürzten Ansätzen der Ökonomie abwendet und einen breiten, interdisziplinären Zugang zum Feld der Sozialpolitik bevorzugt. Der erste Band bietet eine kompakte und übersichtliche Darstellung der theoretischen Basis von Sozialpolitik. In einem Durchlauf, der von den Zielvorstellungen der Sozialpolitik über die Typisierung von Wohlfahrtsstaaten bis hin zu sozialen Diensten reicht, wird die Breite der konzeptionellen Annäherungen an sozialpolitisches Handeln dargelegt. Den Autoren gelingt es dabei, einen kursorischen Überblick zu leisten, der durch Literaturverweise am Ende eines jeden Kapitels eine Weiterführung und Vertiefung leicht macht.

Der zweite Band widmet sich speziell der Sozialpolitik in Österreich und bietet einen umfangreichen Einblick in die Politikbereiche Gesundheit, Behinderung, Alter und Pflegebedürftigkeit, Familien, Arbeitslosigkeit sowie Armut und soziale Ausgrenzung. In diesen einzelnen Bereichen präsentieren die Autoren jeweils einen oder auch mehrere Definitionsversuche, die dann empirisch ausgefüllt werden. Das wohlfahrtsstaatliche System Österreichs, das in einschlägigen Typisierungen häufig mit dem deutschen Modell verglichen wird, weist hierbei bemerkenswerte Eigenheiten auf. Im Gegensatz zur deutschen Pflegeversicherung ist das Leistungssystem des Pflegegeldes in

Österreich, das 1993 eingeführt wurde, steuerfinanziert. Im Bereich der Beschäftigung befindet sich Österreich in einer vergleichsweise vorteilhaften Position. Die Arbeitslosenquote betrug Mitte der 90er Jahre weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts, zudem war der Anteil der Langzeitarbeitslosen weitaus geringer. Begründet sind diese Zahlen aber nicht nur durch arbeitsmarktpolitische Instrumente, sondern auch durch die geringe Partizipation von Frauen und älteren Menschen. Insgesamt erhält der Leser eine Darstellung die sich nahe an den sozialpolitischen Instrumenten selbst bewegt, d.h. ihre Kategorien aufnimmt. Das bietet einerseits den Vorteil einer möglichen Evaluation der Instrumente, verengt mitunter aber den Zugang zu anderen Indikatoren wie sie beispielsweise in der Lebensqualitätsforschung genutzt werden. Dennoch bietet das Buch eine umfassende und facettenreiche Darstellung der theoretischen Grundlagen der Sozialpolitik im Allgemeinen und der österreichischen Sozialpolitik in Besonderen und füllt damit eine Lücke in der bisherigen Literatur. Der Stil ist sachlich, immer bemüht, das Spektrum existierender Argumente vorzustellen. Den Autoren ist es gelungen, einen Brückenschlag zwischen Empirie und Praxis vorzunehmen, der die Lektüre für Studierende und Praktiker in der Verwaltung und den sozialen Diensten gleichermaßen attraktiv macht.

Christoph Badelt/August Österle: Grundzüge der Sozialpolitik. 2. Bd. Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1998, ISBN 3-21406-4916, Preis: ca. 90.- DM

■ **Steffen Mau**
Istituto Universitario Europeo Florenz
e-mail: mau@datacomm.iue.it

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
Telefax 06 21/12 46-100

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Call for Papers

Reichtum in Deutschland: Meßkonzepte, Indikatoren, Analysen

Tagung der Sektion Sozialindikatoren der DGS in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung

Berlin, 29. - 30. Mai 2000

Im Zusammenhang mit der anhaltenden Diskussion über die Armutsmessung und -berichterstattung findet neuerdings auch das Thema „Reichtum in Deutschland“ wachsende Aufmerksamkeit. Das Interesse an diesen Fragen ist mit der Ankündigung der Bundesregierung, künftig regelmäßig einen „Armut- und Reichtumsbericht“ zu veröffentlichen, noch gestiegen. Tatsächlich gibt es auf diesem Gebiet bisher große Informationsdefizite: Weitgehend unbekannt sind nicht nur Umfang und Verteilung des Reichtums, sondern auch die methodischen Ansätze der Messung von Reichtum und der Erhebung dafür geeigneter Daten stecken noch in den Anfängen. Die Tagung soll einen Beitrag dazu leisten, auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen. Ausgehend von der Frage, was unter Reichtum zu verstehen ist und welchen Stellenwert Reichtumsforschung und -berichterstattung haben, sollen Meßkonzepte und Indikatoren sowie Ergebnisse von Reichtumsanalysen präsentiert und zur Diskussion gestellt werden.

Vortragswünsche in Form eines 1-seitigen Abstracts (bis zum 1. März), sowie Anfragen und Anmeldungen (bis zum 8. Mai) bitte an:

Dr. Heinz-Herbert Noll (e-mail: noll@zuma-mannheim.de), ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim

und

Dr. Peter Krause (e-mail: pkrause@diw.de) oder Dr. Jürgen Schupp (e-mail: jschupp@diw.de) Königin-Luise-Str. 5, 14195 Berlin

Soziale Indikatoren auf dem Soziologiekongreß 2000 in Köln

Call for Papers

Der 30. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie findet vom 26. bis 29. September in Köln statt. Das übergeifende Thema des diesjährigen Kongresses lautet:

„Gute Gesellschaft? Zur Konstruktion sozialer Ordnungen“

Die Sektion Sozialindikatoren organisiert in diesem Rahmen eine Veranstaltung zum Thema:

„Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Integration: Meßkonzepte und Indikatoren für eine ‚gute Gesellschaft‘“

Vortragsangebote (bis zum 20. März, Thema und 1-seitiges Abstract) oder Informationswünsche richten Sie bitte an den Sprecher der Sektion Sozialindikatoren:

Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Tel.: 0621-1246-241, Fax: 0621-1246-182/100, e-mail: noll@zuma-mannheim.de